

Protokoll 4/2024

Grosser Gemeinderat von Zug

Sitzung vom Dienstag, 30. April 2024, 17:00 – 20:00 Uhr, Kantonsratssaal,
Regierungsgebäude, Zug

Vorsitz: Ratsvizepräsident Ivano De Gobbi

Protokoll: Markus Grüter, Protokollführer

Begrüssung, Entschuldigungen und Traktandenliste

Ratsvizepräsident Ivano De Gobbi eröffnet die 4. Sitzung des Grossen Gemeinderats in diesem Jahr und begrüsst nebst den Mitgliedern des Grossen Gemeinderats und des Stadtrats auch die Vertreter der Zuger Lokalmedien sowie vereinzelte Gäste.

Für die heutige Sitzung entschuldigt haben sich die Ratsmitglieder **Dominique Messmer**, **Roman Burkard**, **Alexander Eckenstein** und **Martin Iten**; die übrigen 35 Mitglieder des Grossen Gemeinderats sind anwesend.

Benny Elsener ist aus dem Grossen Gemeinderat zurückgetreten. Sein Sitz bleibt heute vakant.

Ratsvizepräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass der Rat beschlussfähig ist.

Der Stadtrat ist vollzählig zugegen.

Ratsvizepräsident Ivano De Gobbi teilt mit, dass aufgrund von technischen Problemen während der heutigen Ratssitzung keine Bild- und Tonaufnahmen für den Livestream möglich sind.

Traktandenliste

1 Genehmigung der Traktandenliste und des Protokolls Nr. 3/2024

1.1 3/2024 – GGR-Protokoll vom 26. März 2024

2 Vereidigung der Ratsmitglieder

Keine Vereidigung

3 Kommissionsbestellungen

Keine Kommissionsbestellung

4 Eingänge parlamentarische Vorstösse und Eingaben

4.1 Motion der Fraktion die Mitte vom 27. März 2024 betreffend «Seniorenrat auch in der Stadt Zug»

4.2 Postulat der FDP-Fraktion vom 15. April 2024 betreffend «Verbesserung der Parkplatz- und Zufahrtssituation Zugerberg»

4.3 Motion B. Elsener, die Mitte, R. Küng, SVP, und D. Blank, FDP, vom 23. April 2024 betreffend «lokales Handwerker- und Gewerbezentrum im Steinlager»

4.4 Interpellation der SVP-Fraktion vom 24. April 2024 betreffend «SDGs – drei Buchstaben als neuer Wegweiser für die Zuger Bevölkerung?»

5 Überweisung parlamentarischer Vorstösse

5.1 Motion der Fraktion die Mitte vom 18. März 2024 betreffend «Wieder Einführung der SBB Tageskarte für die Zuger Bevölkerung»

5.2 Motion der Fraktion die Mitte vom 27. März 2024 betreffend «Seniorenrat auch in der Stadt Zug»

6 Politische Sachgeschäfte

Keine Geschäfte

7 Nicht behandelte Geschäfte der letzten Sitzung

7.1 2868 SR – Interpellation M. Leemann, die Mitte, vom 9. Oktober 2023 betreffend «Schatten, Spielgeräte, Sanitäreinrichtungen oder wie können unsere Spielplätze verbessert werden?»

8 Parlamentarische Vorstösse

- 8.1 2870 SR – Motion T. Zimmermann, ALG, und Mitunterzeichner betreffend «Kostenmiete für städtische Liegenschaften»
- 8.2 2869 SR – Interpellation der SVP-Fraktion vom 28. Februar 2024 betreffend «#tschüssX – Warum»
- 8.3 2871 SR – Interpellation Ph. C. Brunner, SVP, und Mitunterzeichner vom 19. Februar 2024 betreffend «K'werk Zug – einem unterstützungswürdigem «Puzzle» im ausser-schulischen Bildungs- und Kulturangebot in Stadt und Kanton Zug»

9 Mitteilungen

1 Genehmigung der Traktandenliste und des Protokolls Nr. 3/2024

Zur Traktandenliste:

Philip C. Brunner

Ich beantrage Ihnen eine Änderung der Traktandenliste beim Traktandum 3. Beim Traktandum 3 steht – und so wurde es offenbar auch im Amtsblatt publiziert –, dass es keine Kommissionsbestellung gibt. Sie vorher gehört, dass unser Kollege Benny Elsener vor einer Woche aus dem Rat zurückgetreten ist. Er war Mitglied der GPK. Die GPK befindet sich jetzt gerade in einem kritischen Vorbereitungsmoment. Wir werden am 13. Mai 2024 die Jahresrechnung behandeln. Dafür sollten wir vollzählig sein.

Ich beantrage Ihnen also die Wahl eines GPK-Mitglieds unter Traktandum 3.

Ich kann Ihnen namens der Mitte auch sagen, wer es ist. Es stellt sich Christoph Iten zur Verfügung. Ich persönlich finde das eine sehr gute Wahl und werde ihn unterstützen. Aber zuerst müssen Sie die Traktandenliste entsprechend ändern.

Ratsvizepräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass es zum Antrag keine weiteren Wortmeldungen gibt.

Abstimmung Nr. 1

- Für den Antrag von Philip C. Brunner auf Änderung der Traktandenliste (Traktandum 3, Wahl eines GPK-Mitglieds) stimmen 33 Ratsmitglieder
- Gegen den Antrag von Philip C. Brunner auf Änderung der Traktandenliste (Traktandum 3, Wahl eines GPK-Mitglieds) stimmen 0 Ratsmitglieder
- Enthaltungen: 0

Ergebnis Abstimmung Nr. 1

Ratsvizepräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass der Rat dem Antrag von Philip C. Brunner auf Änderung der Traktandenliste zugestimmt hat.

Ergebnis:

Ratsvizepräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass keine weiteren Änderungsanträge gestellt werden. Die Traktandenliste wird mit der Änderung bei Traktandum 3 (Wahl eines GPK-Mitglieds, Ersatzwahl Benny Elsener, Die Mitte) genehmigt.

Zum Protokoll:

Das Wort wird nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratsvizepräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass keine Berichtigungen eingegangen sind und das Protokoll Nr. 3/2024 zur Sitzung vom 26. März 2024 demnach stillschweigend genehmigt ist.

2 Vereidigung der Ratsmitglieder

Ratsvizepräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass an der heutigen Sitzung keine Vereidigung von Ratsmitgliedern stattfindet.

3 Kommissionsbestellungen

Geschäftsprüfungskommission (GPK) (7 Mitglieder): Ersatzwahl; Benny Elsener, Die Mitte

Ratsvizepräsident Ivano De Gobbi teilt mit, dass Gemeinderat **Benny Elsener** per 23. April 2024 seinen Rücktritt aus dem Grossen Gemeinderat und der GPK bekannt gegeben hat. Der Ratsvizepräsident dankt **Benny Elsener** ganz herzlich für seine Arbeit in der GPK.

Ratsvizepräsident Ivano De Gobbi teilt mit, dass die Mitte-Fraktion **Christoph Iten** als neues Mitglied der Geschäftsprüfungskommission vorschlägt.

Ratsvizepräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass keine weiteren Nominationen erfolgen und somit **Christoph Iten** stillschweigend als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission gewählt ist.

Ratsvizepräsident Ivano De Gobbi gratuliert **Christoph Iten** zur Wahl und wünscht ihm viel Erfolg und Freude in der Kommission.

Die im Saal Anwesenden applaudieren.

4 Eingänge parlamentarische Vorstösse und Eingaben

4.1 Motion der Fraktion die Mitte vom 27. März 2024 betreffend «Seniorenrat auch in der Stadt Zug»

Die Stadt Zug wird mit der Babyboomer-Generation in nächster Zeit ca. 10'000 Personen im Rentenalter haben. Dies ist beinahe eine Verdoppelung zum heutigen Stand.

Die Altersstrategie der Stadt Zug stellt die Lebensqualität und Würde der älteren Bevölkerung sowie die Möglichkeit individueller Lebensgestaltung ins Zentrum. Bedeutet dies nicht auch die Mitsprache der älteren Generation in der Gesellschaft und die Förderung der Solidarität zwischen den Generationen? Ist die ältere Generation in jenen Organisationen vertreten, die aktiv in alterspolitischen Bereichen tätig sind? Gemäss der Altersstrategie des Stadtrates, die er sich selbst für die Jahre 2023 bis 2035 als Aufgabe erklärt hat, wäre dies verpflichtend.

Diverse Gemeinden und Kantone sowie der Bund greifen hier bereits auf einen Seniorenrat zurück.

Auftrag:

Um die Bedürfnisse der älteren Generation mit den Zielen der Altersstrategie des Stadtrates zu koordinieren, soll der Stadtrat zu seiner Unterstützung einen Seniorenrat einrichten.

Dessen Aufgaben könnten z.B. umfassen:

- Der Seniorenrat der Stadt Zug (SRZ) berät den Stadtrat in Altersfragen und nimmt Aufgaben wahr, die ihm der Stadtrat, das Parlament oder die Verwaltung im Rahmen der Altersstrategie übertragen
- Der Stadtrat kann den SRZ konsultativ bei der Umsetzung der Altersstrategie beiziehen
- Der SRZ erarbeitet Projekte und Empfehlungen zuhanden der Verwaltung
- Der SRZ organisiert Veranstaltungen zur Bekanntgabe von Zielen zur Förderung seiner Tätigkeiten
- Der SRZ arbeitet mit anderen Organisationen zusammen, die ähnliche Ziele anstreben

Mögliche Kompetenzen können sein:

- Der Seniorenrate sollte eine begleitende und beratende Funktion erhalten und Empfehlungen abgeben können

Ergebnis

Die Motion ist an der heutigen Ratssitzung unter Traktandum 5.2 zur Überweisung traktandiert.

4.2 Postulat der FDP-Fraktion vom 15. April 2024 betreffend «Verbesserung der Parkplatz- und Zufahrtssituation Zugerberg»

Die beschränkten Parkmöglichkeiten auf dem Zugerberg führen insbesondere bei schönem Wetter regelmässig zu einer problematischen Verkehrssituation. Die Anwohner der Zufahrtsstrassen (Weinbergstrasse etc.) erfahren durch den erhöhten Suchverkehr eine Beeinträchtigung ihrer Lebensqualität. Ebenso erfahren Besucher des Zugerbergs Unannehmlichkeiten durch die oft vergebliche Parkplatzsuche, die zu «wildparkieren» und Frust führt. Diese Situation belastet nicht nur unnötig die Umwelt, sondern birgt auch die Gefahr, das Erholungserlebnis der Stadt Zuger Bevölkerung und den lokalen Tourismus nachhaltig zu beeinträchtigen.

Trotz bestehender Bemühungen wie der Aufstellung von Metallschildern an den Zufahrtsstrassen und Radiodurchsagen, die auf die Parkplatzproblematik hinweisen, bleiben diese Massnahmen weitgehend wirkungslos. Das manuelle Aufstellen der Schilder bindet zudem wertvolle Polizeiressourcen. Modernere Lösungen wie ein digitales Parkleitsystem könnten hier eine wesentlich effektivere und ressourcenschonendere Alternative bieten.

Auch die Parksituation an der Talstation der Zugerbergbahn (Schöneegg) ist häufig problematisch, da regelmässig alle Parkplätze belegt sind. Gerade für Familien oder Mountainbiker, die den Biketrail benutzen möchten, ist es umständlich, das Auto in einem städtischen Parkhaus (z.B. Casino) abzustellen. Dann müssen sie mit Kinderwagen und/oder Fahrrädern auf den Bus warten, um zur Schöneegg zu gelangen. Fahrräder und Kinderwagen beanspruchen zudem viel Platz in den Bussen, was insbesondere zu Stosszeiten zu einer Beeinträchtigung aller Fahrgäste führen kann. Viele dieser Besuchergruppen wählen deshalb den direkten Weg mit dem Auto zum Zugerberg, um diese Unannehmlichkeiten zu vermeiden. Ein Parkhaus im Bereich der Schöneegg könnte eine wesentliche Verbesserung dieser Situation bewirken und den direkten Zugang zum Zugerberg erleichtern.

Vor diesem Hintergrund fordert die FDP-Fraktion den Stadtrat auf, eine ganzheitliche Überprüfung und Neugestaltung der Parkplatz- und Zufahrtssituation am Zugerberg vorzunehmen. Ziel sollte es sein, effektive Lösungen zu entwickeln, die sowohl die Lebensqualität der Anwohner schützen als auch das Erlebnis der Besucher verbessern. Die erarbeiteten Lösungsvorschläge sollen dem Grossen Gemeinderat vorgelegt werden.

Ergebnis

Das Postulat wird an der nächsten Ratssitzung zur Überweisung traktandiert.

4.3 Motion B. Elsener, die Mitte, R. Küng, SVP, und D. Blank, FDP, vom 23. April 2024 betreffend «lokales Handwerker- und Gewerbezentrum im Steinlager»

Der Stadtrat wird eingeladen, in der Mischzone auf der Parzelle Steinlager, das einheimische Gewerbe zu berücksichtigen und zu priorisieren.

Begründung

Die lokalen Handwerksbetriebe leiden unter dem Mangel an Gewerbeflächen in der Stadt Zug. Die Nachfrage nach bezahlbaren Gewerberäumen besteht. Einheimische KMU-Betriebe benötigen erschwingliche Gewerbeflächen.

Zu unserem heimischen Gewerbe müssen wir nicht nur Sorge tragen, nein auch Möglichkeiten bieten, ihren Betrieb ausweiten zu können, um konkurrenzfähig zu bleiben und so den Wegzug aus der Stadt zu verhindern. Das Steinlager Areal bietet mit ca. 5.700m² städtischem Boden und einem Landstreifen von ca. 770m² der PK V-Zug die Möglichkeit, für eine gemischte, genossenschaftliche Nutzung von Gewerbe und Wohnen. Dies würde Arbeitsplätze für das einheimische Gewerbe und gleichzeitig bezahlbaren Wohnraum schaffen. Mehrere Vorhaben und ein Wettbewerb auf diesem Areal sind gescheitert. Es bestehen keine Verpflichtungen mehr, es kann wieder bei null begonnen werden.

Auftrag

Die angrenzenden Eigentümer müssen, in den Interessen aller, angefragt und wenn möglich ins Boot geholt werden, um gemeinsam einen Bebauungsplan schaffen zu können. Der zu planende Gebäudekomplex auf den gemeinsamen Parzellen aller Eigentümer, soll Lagerflächen und eine Autoeinstellhalle im Untergeschoss, modulare Gewerbeflächen mit raumhohen Außentoren im Erdgeschoss mit einer Treppe ins Obergeschoss führend für Büro-, Umkleide- und Aufenthaltsräume aufweisen. Die Geschosse darüber sind für Wohnungen vorzusehen.

Prioritäten und Kriterien für die Wohnbaugenossenschaft:

1. Lokale Handwerksbetriebe und Gewerbe müssen Vorrang bekommen
2. Die günstigen Wohnungen sollen vorrangig an die Mitarbeitenden der Handwerks- und Gewerbebetriebe vermietet werden

Die Motionäre danken Ihnen im Voraus für die Unterstützung unseres lokalen Gewerbes.

Ergebnis

Die Motion wird an der nächsten Ratssitzung zur Überweisung traktandiert.

4.4 Interpellation der SVP-Fraktion vom 24. April 2024 betreffend «SDGs – drei Buchstaben als neuer Wegweiser für die Zuger Bevölkerung?»

Der Fraktion der SVP ist über die letzten Monate wiederholt aufgefallen, dass eine schleichende Einführung der UNO Soft Laws 'Sustainable Development Goals' (SDGs) in der Stadt Zug stattgefunden hat und laufend ausgebaut wird.

Dazu drei Beispiele:

- a) Seit geraumer Zeit werden die meisten Massnahmen aus der Verwaltung neu SDGs zugeordnet.
- b) Die Legislaturziele 22-26, verschickt an die Einwohner der Stadt Zug wurden mit dem SDG-Etikett versehen. https://www.stadtzug.ch/docn/4614317/Legislaturziele_2023-2026.pdf
- c) Auf der Seite <https://www.stadtzug.ch/sdgs> wird von der Stadt Zug erklärt, dass die 17 UNO-SDGs als Zitat: Instrument zur Erarbeitung der Entwicklungsstrategie und als Leitfaden und Bewertung der Nachhaltigkeit genutzt werden. Zitatende.

Freilich mögen SDGs Ziele auf globaler Ebene anzustreben sein, ihre Anwendbarkeit und Wirksamkeit bleibt auf lokaler Ebene jedoch mehr als fraglich.

Sicher ist jedoch: SDGs und daraus abgeleitete Handlungsempfehlungen führen ultima ratio zu einer indirekten bis gewollt direkten Lenkung der Bewohner der Stadt Zug. Konkreter ausgedrückt: Die Einwohner der Stadt Zug werden bewusst über die SDGs geleitet, die Eigenverantwortung und Mündigkeit der Einwohner werden mindestens in Frage gestellt und/oder beschnitten.

Die Fraktion der SVP stellt dem Stadtrat zu den SDGs folgende Fragen:

1. Absichten und Ziele: Was beabsichtigt die Stadt Zug mit der Einführung der SDGs und was beabsichtigt sie nicht – d.h. wo liegen die Grenzen?
2. Fernsteuerung: Wieso können die Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Zug nicht selbstständig und in Eigenverantwortung entscheiden, was gut oder nicht gut ist für sie? Bzw. warum ist die Stadt Zug der Meinung, sie müsse die Einwohnerinnen und Einwohner durch SDGs lenken?
3. Legitimation: Wieso wurde der Grosse Gemeinderat nicht informiert und konsultiert über die Einführung der SDGs in der Stadt Zug und im Besonderen der Stadtverwaltung?
4. Messung: Wer Standards setzt und bewilligt, der muss über die Erfüllung Rechenschaft ablegen. Wie geht die Stadt Zug eine solchen Messung und den Rechenschaftsbericht an? D.h. Wie und wann (Periodizität) werden die Erfüllungskriterien 'Ist vs Soll' gemessen? Wer führt diese Messungen neutral durch? Was passiert danach?
5. Preisschild: Welche Kosten entstanden durch die bereits vorgenommen Massnahmen (Workshops, Umstellung auf SDGs Standards in der Verwaltung usw. usf.) für die Jahre 2021-31.12.2023? Welche Folgekosten sind geplant für die kommenden Jahre?
6. Zukunft: Welche Massnahmen und Massgaben kommen auf die Stadt Zug und deren Bevölkerung zu, wenn die SDGs als Handlungsempfehlungen greifen?

Wir wünschen die schriftliche Beantwortung unserer Fragen.

Ergebnis

Gemäss § 43 Abs. 2 der Geschäftsordnung hat der Stadtrat für die schriftliche Beantwortung von Interpellationen drei Monate Zeit.

5 Überweisung parlamentarischer Vorstösse

5.1 Motion der Fraktion die Mitte vom 18. März 2024 betreffend «Wieder Einführung der SBB Tageskarte für die Zuger Bevölkerung»

Ratsvizepräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass zur Überweisung das Wort verlangt wird.

René Gretener

Die parteiübergreifende parlamentarische Initiative zur Beibehaltung der bisherigen Gemeindetageskarte ist mittlerweile in der zuständigen Kommission des Nationalrats zur Bearbeitung. Genau für heute wurde sie traktandiert.

Eigentlich sollte man abwarten, was daraus wird, da der Vorstoss auf der richtigen – nämlich der nationalen – Ebene eingereicht wurde.

Trotzdem stimmen wir nach eingehender Diskussion dem Anliegen der Mitte zu, da der Motionär sich sicher ist, dass die Stadt die Entscheidungsfreiheit hat, die neue Tageskarte nur der Stadtzuger Bevölkerung abzugeben und somit den administrativen Mehraufwand und den Personenverkehr im Stadthaus zu begrenzen. Nach sehr eingehender Recherche können wir diese Möglichkeit bestätigen. Das von den SBB zur Verfügung gestellte Software-Tool scheint diese Einschränkung aber nicht vorzusehen. Es müsste also beispielsweise ein Vermerk auf der städtischen Webseite eingefügt werden. Es gibt Gemeinden, welche die neue Tageskarte mit dieser Einschränkung anbieten. Da könnte man vielleicht abschauen.

Ebenfalls habe der Motionär laut Aussage in der GGR-Debatte vom 20. Februar 2024 einen Vorschlag, wie die Administration bzw. Kartenabgabe an eine in der Stadt Zug ansässige Drittpartei ausgelagert werden könne. Dies scheint ebenfalls möglich, allerdings mit verschiedenen Einschränkungen seitens SBB, welche den gewählten Drittanbieter bewilligen muss. Ein Outsourcing würde aber Folgekosten verursachen, da die beauftragte Organisation dies sicher nicht ehrenamtlich macht.

Der erste dieser beiden Sachverhalte war ausschlaggebend für unser bisheriges Einverständnis mit dem Bericht des Stadtrates vom 20. Februar 2024 und nicht für negative Kenntnisnahme zu stimmen. Nun sieht es aber anders aus und wir verlangen die nochmalige Überprüfung des Kriteriums «Beschränkung auf Stadtbevölkerung» sowie zusätzlich die Möglichkeit des «Outsourcings».

Es ist den Zusatzaufwand wert, um unseren nicht digital-affinen, meist älteren Einwohnern einen analogen Zugang zur Tageskarte zu erhalten.

Die SVP-Fraktion hat deshalb entschieden, den Vorstoss der Mitte zu unterstützen. Allerdings beantragen wir, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Alexander Kyburz

Die neue Gemeindetageskarte 2024 verursacht weiterhin einen hohen administrativen Aufwand für unsere Stadtverwaltung. Jeder Zuger kann SBB-Tickets am Bahnhofschalter oder online bei der SBB kaufen. Auch gibt es private Angebote wie die Fairtiq-App. Eigentlich ist es nicht die Aufgabe der Stadt, SBB-Tickets zu verkaufen.

Falls gewisse Zugerinnen jedoch lieber ihre Tickets bei der Stadtverwaltung kaufen, kann die FDP damit leben. Wir können es uns aktuell finanziell leisten. Der neue Rekordüberschuss lässt grüssen.

Wichtig ist, dass das Angebot nur für Stadtzuger gilt. Auch ist in der nächsten Legislatur dann zu prüfen, ob das Angebot für Stadtzugerinnen wirklich noch benötigt wird.

Wir schliessen uns dem Antrag der SVP an und befürworten die Umwandlung in ein Postulat.

Jérôme Peter

Wir möchten uns beim Motionär Richard Rüegg und der Mitte herzlich für die Nachforschungen und das Einreichen der Motion bedanken.

Wir hätten erwartet, dass der Stadtrat die Informationen in seiner Antwort auf die Interpellation bereitstellen würde. Es sollte nicht die Verantwortung der Mitglieder des Gemeinderats sein, diese Informationen selbst zu beschaffen oder nach Erhalt der Antwort zu überprüfen, insbesondere wenn es sich um Informationen handelt, die der Stadtrat bereits haben sollte oder hätte anfordern können.

Wir sind ganz klar für die Überweisung der Motion als Motion. Die Antworten von Alliance Suissepass auf die Nachfrage von Richard Rüegg bestätigen: Das Angebot ist gar nicht so schlecht, wie der Stadtrat in der ursprünglichen Interpellationsantwort dargestellt hat. Im Gegenteil, es hat auch gute Neuerungen gegeben. Die Tageskarte ist ein attraktives Angebot für unsere Bevölkerung, das es uns wert sein sollte, weiterhin anzubieten. Besonders im Hinblick, dass wir alle Zugerinnen und Zuger, auch die, die noch nicht digital unterwegs sind, gleichbehandeln möchten.

Delia Meier

Nachdem der Rat unsere damalige Interpellation bezüglich der Wiedereinführung des Angebotes der SBB-Tageskarten negativ zur Kenntnis genommen hat, ist es richtig, dass dieses wichtige Thema hier nochmals zur Sprache kommt. Danke an die Mitte-Fraktion für das erneute Aufbringen des Themas im Rahmen dieser Motion.

Für unsere Fraktion ist klar, dass wir diesen Vorstoss überweisen möchten. Und zwar als Motion. Denn so wie dies bereits bei der letzten Diskussion zu diesem Thema eine Mehrheit des Rates bekundet hat, sind wir nicht einverstanden mit der Beendigung des Angebotes der SBB-Tageskarten.

Wir haben es gehört, das neue Angebot hat gewisse Nachteile, aber eben auch Vorteile: Insbesondere entfällt das finanzielle Risiko für die Gemeinden, da sie neu nur für die effektiv verkauften Spartageskarten zahlen. So würde auch der befürchtete finanzielle administrative Mehraufwand wohl etwas relativiert.

Doch wir sollten nicht vergessen, dass es hier um mehr geht als um Zahlen und administrative Effizienz. Es geht um die Frage, was uns die Förderung des öffentlichen Verkehrs in unserer Stadt wert ist – insbesondere für Familien und unsere ältere Generation. Danke, dass Sie diesen Vorstoss überweisen.

Daniel Marti

Die GLP-Fraktion unterstützt den Antrag auf Umwandlung in ein Postulat der Motion zur Wiedereinführung der SBB-Tageskarte für die Zuger Bevölkerung.

Der Stadtrat hat in der Interpellationsantwort von der GGR-Sitzung vom 20. Februar 2024 die Gründe dargelegt, die dazu führten, dass die bisherige Gemeindetageskarte infolge der Änderungen des

Angebots der SBB leider nicht mehr sinnvoll angeboten werden kann.

Die Abwägungen der Stadt sind für uns nachvollziehbar. Es macht unter den Umständen wenig Sinn, jetzt populistisch zu handeln und unnötig kostspielige Ressourcen aufzubauen für ein Angebot, das erstens nicht in den Aufgabenbereich der Stadt gehört und zweitens gegenüber den regulären SBB-Sparangeboten kaum einen Vorteil bietet. Genau wie der Stadtrat sehen wir nicht ein, wieso die Stadt zum SBB-Ticketschalter werden soll und für den Dienstleistungsabbau der SBB geradestehen soll.

Solange die SBB ihr Angebot nicht an die Bedürfnisse der Stadt Zug – und den anderen Gemeinden notabene – anpassen kann oder will, macht es keinen Sinn, die Stadtverwaltung mit einer Motion zu beüben, um mit viel Aufwand ein Angebot auszuarbeiten, dass nicht die Vorteile der bisherigen Tageskarte bieten kann. In der Interpellationsantwort hat die Stadt eine Prüfung zur Wiederaufnahme des Angebotes angekündigt, falls sich das neue Angebot der SBB der bisherigen Gemeindetageskarte annähert.

Wir finden, mit einem Postulat kann nun die Stadt aufgefordert werden, eine solche Prüfung tatsächlich auch vorzunehmen und den Dialog mit der SBB noch einmal zu suchen. Dafür braucht es aber keine Motion und wir stimmen daher der Umwandlung in ein Postulat zu. Besten Dank für Ihre Unterstützung.

Richard Rüegg

Wir danken mal als Erstes grosszügig für die Unterstützung für die Motion. Wir bleiben auch bei der Motion.

Ich möchte noch anmerken, dass der Kanton für seine Angestellten die Tageskarte einführen wird. Und das zwar nur für seine Angestellten. Die Gemeinde Baar hat mir signalisiert, dass sie, zwar zähneknirschend, dieses Element auch allfällig wieder einführen müsste für ihre Angestellten und somit dann auch für ihre Bevölkerung. Wieso soll da die Stadt Zug zurückbleiben?

Da frage ich mich schon: Wenn wir als Stadt Zug für unsere Bevölkerung dieses Tageskartensystem nicht einführen wollen, wo stehen wir dann?

Und nochmals: Der Hauptgrund für mich ist, dass man ein analoges Billett beziehen kann, für unsere ältere Bevölkerung, die noch nicht so IT-mässig unterwegs ist wie wir selber.

Ich bitte Sie, unterstützen Sie den Antrag für die Motion.

Ratsvizepräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass ein Antrag auf Umwandlung der Motion in ein Postulat vorliegt. Die Umwandlung der Motion in ein Postulat erfordert zwei Drittel der Stimmen der anwesenden Ratsmitglieder. Es sind 35 Ratsmitglieder anwesend. Die Zweidrittelmehrheit beträgt 24 Stimmen.

Abstimmung Nr. 2

- Für die Umwandlung der Motion in ein Postulat stimmen 17 Ratsmitglieder
- Gegen die Umwandlung der Motion in ein Postulat stimmen 16 Ratsmitglieder
- Enthaltungen: 0

Ergebnis Abstimmung Nr. 2

Ratsvizepräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass der Rat den Antrag auf Umwandlung der Motion in ein Postulat abgelehnt hat. Die notwendige Zweidrittelmehrheit für eine Umwandlung wurde nicht erreicht. Der Rat hat den Vorstoss somit als Motion an den Stadtrat überwiesen.

5.2 Motion der Fraktion die Mitte vom 27. März 2024 betreffend «Seniorenrat auch in der Stadt Zug»

Ratsvizepräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass zur Überweisung das Wort verlangt wird.

Werner Hauser

Vorerst herzlichen Dank an Richard Rüegg für den interessanten Vorstoss.

Es ist so, dass in den kommenden Jahren die geburtenstarken Jahrgänge in Rente gehen und somit das Thema bezüglich einer Altersstrategie immer aktueller wird. Auch in den Medien wird dieses Thema vermehrt zur Diskussion gestellt.

Den geforderten Seniorenrat kann ich persönlich auch unterstützen. Nicht dass ich jetzt auch in Pension gehe... Im Gegenzug müsste man aber überlegen, welche der schon heute bestehenden Kommissionen überflüssig sind und aufgelöst werden sollten.

Der Vorstoss von Richard Rüegg wird von unserer Fraktion mehrheitlich unterstützt. Die Fraktion ist aber der Ansicht, dass es dienlicher wäre, wenn der Vorstoss als Postulat und nicht als Motion überwiesen wird.

Somit stelle ich den Antrag: Die Motion ist in ein Postulat zu wandeln.

Johannes Hegglin

Die Mitte greift hier eine wichtige Thematik auf. Eine Altersstrategie ist gut, solange sie auch entsprechend umgesetzt wird. Dazu gab es ja mal eine Alterskommission.

Ob ein Seniorenrat, wie er hier gefordert wird, jedoch das richtige Mittel zum Zweck ist, stellen wir in Frage. Wir begrüssen, dass die ältere Bevölkerung ein Mitspracherecht haben soll. Doch hat die ältere Bevölkerung nicht schon jetzt viel Mitspracherecht? Gerade im Pensionsalter hat man vermutlich eher Kapazität, bei einer Kommission oder sogar hier im Grossen Gemeinderat mitzumachen. Diese Gelegenheit haben zum Beispiel Minderjährige nicht. Müsste man dann nicht vielleicht auch einen Kinderrat einrichten und eventuell einen Familienrat? Welchen Bevölkerungsgruppen sollte man mit einem solchen Rat den Vorzug geben und welchen nicht?

Kurz: Wir möchten keine Motion zur Einrichtung eines Seniorenrates unterstützen, unterstützen jedoch die Umwandlung in ein Postulat.

David Meyer

Es gibt im Alterswesen schon ganz viel, nur weiss man es manchmal nicht so genau.

Aber fangen wir mit dem Einfachsten an: Wie kommt die Information, wie kommt der politische Wille aus dem Plenum zum Beispiel an den Stadtrat oder an uns?

Nun, wir haben drei Alterszentren. Und wenn Sie auf die Website der Alterszentren gehen, steht da: «Kompetent und weitsichtig setzen wir uns dafür ein, dass betagte Menschen so lange als möglich ein selbstbestimmtes, aktives Leben führen können.» Es gibt also schon drei grosse Institutionen, die das pflegen. Ich denke, die Leitung der Alterszentren ist grundsätzlich sehr nahe an diesem Thema dran, sprich bei den Betroffenen, und gleichzeitig ist die Leitung der Alterszentren auch sehr nahe an unserem Stadtrat dran. Ich denke, hier haben wir eine grosse Transferinformationsleistung, die schon existiert.

Vielleicht misstraut man nun der Leitung der Alterszentren, dass man so einen Rat einführen will. Ich weiss es nicht. Aber ich sehe keine Anzeichen, dass ein Alterszentrum hier keine Information rüberschieben würde.

Pro Senectute ist auch eine Vereinigung, die ältere Leute unterstützt. Auch die wissen, worauf es ankommt, wo es drückt und was es zu tun gibt. Dann haben wir noch einiges mehr: die Unterstützung über KISS und über Spitex. Die liefern auch Informationen. Wir haben den Schweizerischen Verband für Seniorenfragen. Das ist ein Verband, bei dem man mitmachen kann, wenn man möchte. Wir haben die UBA, die unabhängige Beschwerde für das Alter. Die gibt es auch schon.

Der Bund ist dran mit einem Schweizerischen Seniorenrat. Das ist die Plattform und das Forum für ältere Menschen. Das gibt es auch schon. Ich mache weiter: Wir haben den Kanton, der hat heute publiziert, dass er daran ist, eine repräsentative Umfrage zu machen. Wenn man nicht alles so medial haben will, gibt es zum Beispiel auch die Möglichkeit, mit einer Einzelinitiative etwas zu bewirken. Man kann in einer Partei aktiv mitmachen. Man kann sich für den GGR aufstellen. Man kann an eine Partei gelangen und sie überzeugen, dass sie etwas vorbringen will. Man kann in einen der zuvor erwähnten Vereine, Pro Senectute und Co., eintreten und mitgestalten. Und man kann sich direkt beim Stadtrat melden, weil der auch immer mal ein offenes Ohr.

Wozu – habe ich mich gefragt – braucht es dann einen Seniorenrat? Und ich habe es nicht so ganz herausgefunden.

Schlanker Staat, das ist auch ein Stichwort, das wir doch gerne haben. Ein schlanker Staat gilt aber nicht nur für die Verwaltung, er gilt eben auch für die Steuerung. Wir haben schon eine ganze Menge an Kommissionen. Jetzt noch einen weiteren Rat, ich sehe das nicht als opportun.

Die Selbstverantwortung ist immer noch der grösste Garant für ein selbstbestimmtes Leben. Und das ist das, was man ja im Alter auch noch haben will. Die Selbstverantwortung ist auch das Bollwerk gegen die staatliche Bevormundung. Wenn wir hier eine weitere Ratskomponente einführen – wie wird sie besetzt, wer stellt die Leute und welche Gewichte sollen die haben? Viele Fragen, die ich an der Motion nicht sehen möchte.

Wir unterstützen die Überweisung in ein Postulat, da kann man diese Fragen dann beantworten.

Bruno Zimmermann

Die SVP-Fraktion hat dieses Thema natürlich auch in der Fraktionssitzung diskutiert. Wir sind der Meinung, wie schon einige von meinen Vorrednern, dass es keinen Seniorenrat benötigt. Und wir sind der Meinung, dass man diese Motion gar nicht überweisen muss. Aus diesem Grund stellen wir auch den Antrag für eine Nichtüberweisung der Motion.

Was sind die Gedanken dahinter? Dazu ist auch schon einiges gesagt worden. Wir haben hier ein Parlament. Und wir sind die Volksvertreter. Wir sind auch die Vertreter der Senioren. Unsere Meinung ist, dass die Senioren die Möglichkeit haben, uns Parlamentarier anzugehen, von links bis rechts, um ihre Anliegen anzubringen, die dann auch in den Rat reinkommen.

Es wurde auch mehrmals gesagt, dass es dann eine Ungerechtigkeit gibt. Denn es gäbe dann einen Seniorenrat, aber gibt es auch einen Jugendrat oder einen Rat für die arbeitende Bevölkerung? Man müsste ganz breit, ganz verschiedene Räte haben, die dann wieder beratend sind für den Stadtrat und für das Parlament. Und das macht aus unserer Sicht keinen Sinn. Darum sind wir für eine Nichtüberweisung dieser Motion.

Richard Rüegg

Lieber David Meyer, wir haben einen Nationalrat und einen Ständerat. Wir haben einen Kantonsrat. Und trotzdem braucht es einen Gemeinderat. Sonst könnten wir den ja auch auflösen. Also dein Argument, dass wir verschiedene Funktionen schon auf Bundesebene oder auf kantonaler Ebene haben, habe ich bemerkt, aber nicht angenommen. Danke.

Wieso haben wir von der Mitte diese Motion ausgelöst? Grundsätzlich hat der Stadtrat eine Altersstrategie entwickelt. Darin schreibt er: «Voraussetzung für die Gestaltung einer ökonomisch wie sozial nachhaltigen Altersstrategie ist ein vertieftes Wissen über das Selbstverständnis und die Bedürfnisse heutiger und künftiger Seniorinnen und Senioren.» Und wie kommt diese Mitteilung an unseren Stadtrat? Über uns als Parlamentarier? Das bezweifle ich. Also braucht es irgendjemanden, der dies unserem Stadtrat mitteilt. Bis 2022 hatten wir eine Alterskommission, diese wurde aufgelöst. Und jetzt? Wie kommen wir zu den Gedanken unserer Senioren und Seniorinnen?

Dieser Seniorenrat wird, wie bereits erwähnt, schon auf Bundesebene betrieben, wie auch verschiedene Kantone haben ihn und auch diverse Gemeinden führen einen Seniorenrat. Demzufolge würde es uns auch guttun, wenn wir einen Seniorenrat hätten.

Wir akzeptieren die Umwandlung in ein Postulat.

Marilena Amato Mengis

Der Motionär hat die Umwandlung in ein Postulat bereits angenommen. Ich möchte im Namen der SP sagen: Wir unterstützen auch die Umwandlung in ein Postulat. Wir sind nicht gegen eine Überweisung. Die Argumente wurden schon genannt.

Unseres Erachtens gibt es andere Bevölkerungsgruppen, deren politische Teilnahme noch stärker erschwert ist als jene der Senioren. Ich denke vor allem an Familien mit doppelverdienenden Personen, alleinerziehende Frauen – man könnte viele Gruppen nennen, für die es schwierig ist, Aufgaben im Rat oder Kommissionsaufgaben zu übernehmen.

Zudem ist für uns eine Frage, warum ein Seniorenrat und nicht eine Kommission. Was sind die genauen Aufgaben von einem Rat. Aus diesen Gründen begrüssen wir, dass der Stadtrat dies in Form eines Postulats überprüft.

Ratsvizepräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass ein Antrag auf Nichtüberweisung und ein Antrag auf Umwandlung der Motion in ein Postulat vorliegen. Da die Motionäre der Umwandlung der Motion in ein Postulat zugestimmt haben, muss über diesen Antrag nicht mehr abgestimmt werden. Die Nichtüberweisung erfordert zwei Drittel der Stimmen der anwesenden Ratsmitglieder. Es sind 35 Ratsmitglieder anwesend. Die Zweidrittelmehrheit beträgt 24 Stimmen.

Abstimmung Nr. 3

- Gegen die Überweisung des Postulats stimmen 10 Ratsmitglieder
- Für die Überweisung des Postulats stimmen 23 Ratsmitglieder
- Enthaltungen: 0

Ergebnis Abstimmung Nr. 3

Ratsvizepräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass der Rat den Vorstoss als Postulat überwiesen hat.

6. Politische Sachgeschäfte

Ratsvizepräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass keine Geschäfte vorliegen.

7. Nicht behandelte Geschäfte der letzten Sitzung

7.1 Interpellation M. Leemann, die Mitte, vom 9. Oktober 2023 betreffend «Schatten, Spielgeräte, Sanitäreinrichtungen oder wie können unsere Spielplätze verbessert werden?»

Es liegt vor:

- Antwort des Stadtrats Nr. 2868 vom 5. März 2024

Manuela Leemann

Vielen Dank für die Beantwortung meiner Interpellation.

Es hat mich sehr gefreut, als ich vor drei Wochen beim Spielplatz Siehbach war und eine neue Familienschaukel entdeckte. Das ist eine Schaukel, die ich bisher noch nirgends gesehen habe. Die Kinder müssen miteinander interagieren. Sie können über die Familienschaukel klettern, darauf balancieren oder einfach schaukeln. Die Familienschaukel kommt gut an und ist einmal etwas Neues. Genau so etwas erwarte ich von unserer Stadt.

Spielplätze sind wichtig. Spielplätze sind wertvoll. Spielplätze ermöglichen es Kindern, aktiv zu sein. Die Kinder können klettern, rutschen, balancieren, schaukeln. Sie können voneinander abschauen, zusammen sändeln oder Rollenspiele machen. Spielplätze sind eine gute Möglichkeit für Eltern, ihren Kindern eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung zu ermöglichen, die ihren Kindern auch noch Spass macht. Für eine Stadt, die attraktiv sein möchte, gehört daher ein gutes, attraktives und variantenreiches Spielplatzangebot dazu.

Daher freut es mich grundsätzlich, dass die Stadt die Spielplätze auf ihrer Agenda hat und ein Spielplatzkonzept erstellen wird. In der Stadt gibt es durchaus bereits jetzt ein paar gute Spielplätze. Zum Beispiel der Abenteuerspielplatz Fröschi ist ein toller Spielplatz, leider hat er aber sehr eingeschränkte Öffnungszeiten und ist auch in den Ferien oft geschlossen. Eine schöne Idee ist aber zum Beispiel auch das Angebot mit den Quartierboxen, das macht das Spielplaterlebnis attraktiver.

Bei den meisten Spielplätzen gäbe es meines Erachtens allerdings so viel mehr Potenzial. Ich hoffe, dass man sich mit dem Spielplatzkonzept wirklich auch überlegt, wie man die Spielplätze attraktiver und innovativer gestalten könnte, und dass man bereit ist, dies auch umzusetzen. Ebenso sollten die Nutzungsmöglichkeiten von Spielplätzen mitberücksichtigt werden. Zum Beispiel den Spielplatz bei der Tagesschule Maria Opferung oder beim Schulhaus Letzi dürfen Kinder in ihrer Freizeit nicht nutzen. Das ist sehr schade.

Der Ausbau der Angebote in den Quartieren soll dabei unbedingt weiter vorangetrieben werden. Es ist wichtig, dass die Kinder auch in Wohnnähe in ihrem Quartier attraktive Spielmöglichkeiten zur Verfügung haben. Nichtsdestotrotz können diese Quartierspielplätze einen Zentrumsspielplatz nicht vollends ersetzen. Als Familie kann man das Einkaufen und Spielen für die Kinder mit einem Zentrumsspielplatz verbinden. Oder der Spaziergang am See kann mit dem Spielen ergänzt werden. Es ist zu hoffen, dass der Stadtrat mit dem angekündigten Spielplatzkonzept solche Gegebenheiten mitberücksichtigen wird und er mit dem Konzept nicht nur theoretische Möglichkeiten erarbeitet, sondern er dabei auch offener für die Erweiterung und Verbesserung des Spielplatzangebots ist, als es aus dieser Antwort herauskommt.

Ebenfalls hoffe ich, dass mit dem Spielplatzkonzept mein Anliegen mit den Sanitäreinrichtungen angegangen wird. Sanitäreinrichtungen sollten in angemessener Distanz erreichbar sein. Die Liste im

Anhang zur Antwort des Stadtrats ist zwar eine schöne Zusammenstellung, sie bringt den Eltern, Grosseltern, Tanten, Onkeln und so weiter auf dem Spielplatz jedoch herzlich wenig. Die Begleitpersonen der Kinder müssten die Liste kennen. Es schaut niemand in einem Anhang zu einem Vorstoss nach, wo die nächste Toilette zu einem Spielplatz sein könnte. Dass die Stadt mit keinem Wort auf meinen Vorschlag, den Weg zu den nächsten Sanitäreinrichtungen zu beschildern, eingegangen ist, ist enttäuschend. Mit entsprechenden Schildern könnte Eltern schon viel geholfen werden. Dies wäre übrigens auch keine Neuheit, auf dem Spielplatz in Oberwil gibt es bereits ein solches Schild.

Nun aber zu dem, was den Anstoss für meine Interpellation gegeben hat: der Spielplatz Rigiplatz.

Es freut mich, dass der Stadtrat aufgrund verschiedener Rückmeldungen aus der Bevölkerung gegenwärtig prüft, wie die Beschattung des Sandkastens beim Rigiplatz verbessert werden kann. Ich kann nachvollziehen, dass die Situation aufgrund des Windes nicht ganz einfach ist. Deshalb gibt es wahrscheinlich auch viele unbeschattete Spielplätze. Dennoch ist für mich nach wie vor nicht verständlich, warum der gegenwärtige Schattenpavillon gewählt wurde und warum er an dem bestehenden Ort, das heisst nördlich des Sandkastens, platziert wurde. Die Schattensimulationen des Stadtrats würde ich gerne einmal sehen. Denn die Sonne geht bei uns im Osten auf und sie wandert über Süden nach Westen, wo sie untergeht. Ich glaube, man kann auch ohne Simulationen und ohne besondere technische Kenntnisse erahnen, dass ein nordwärts versetztes Dach keinen optimalen Schattenwurf geben kann.

Am meisten bedauere ich aber die Antworten zum Spielplatz selbst. Die historischen Ausführungen zum Rigiplatz sind zwar interessant, aber vielleicht wäre es an der Zeit, den Zweck des Platzes neu zu überdenken. Der ovale Kiesplatz, der den Mittelpunkt der Anlage darstellen soll, wird nicht genutzt. Da gibt es viel schönere Plätze am See, wo zum Beispiel Boccia gespielt wird. Wäre es nicht sinnvoller, in der Mitte des Rigiplatzes einen Höhepunkt der Anlage, anstatt einen leeren ungenutzten Mittelpunkt zu haben? Aber nein, das möchte der Stadtrat ja auf keinen Fall. Wie die Antwort zeigt, möchte der Stadtrat einen Spielplatz, der möglichst nicht genutzt werden soll. Ein Spielplatz, der möglichst nicht genutzt werden soll, das ist doch Irrsinn. Nur schon deshalb kann ich die Antwort des Stadtrats nicht positiv zur Kenntnis nehmen.

Könnte die Übernutzung des Platzes nicht vielleicht auch damit zusammenhängen, dass die Kinder und ihre Begleitpersonen in die Ecken des Platzes gepfercht werden? Und wäre es nicht angebrachter, den Untergrund so zu gestalten, dass der Spielplatz auch intensiv genutzt werden kann? Es gibt unzählige Spielplätze mit sehr hoher Nutzung, das Baudepartement sollte sich vielleicht einmal ein bisschen umsehen. Zum Beispiel Spielplätze bei Zoos, Tierparks und so weiter mit Dauernutzung und vielen Kindern. Oder sehenswert ist zum Beispiel der Spielplatz Murimoos, der auf etwa der Fläche des Rigiplatzes ein grossartiges Spielplatzangebot bietet, auch mit verschiedenen Untergründen wie Wiese, Holzschnitzel, Kies oder weichen Platten. Die Nutzung kann bei einem Spielplatz doch kein Argument sein.

Der Nutzungsdruck auf die Anlage ist aber nur der eine Grund, warum sich das Baudepartement gegen eine Verbesserung des Spielplatzangebots stellt. Als zweites Argument wird der fehlende Platz aufgeführt. Dies ist noch weniger verständlich. Selbst wenn der leere Kiesplatz beibehalten werden soll, hätte es seeseitig auf der Wiese noch viel Platz für Balancier-, Kletter- oder Schaukelmöglichkeiten, die ziemlich einfach realisierbar wären. Wenn die Stadt das Mitwirkungsverfahren bei der Bevölkerung tatsächlich durchführen würde, kämen sicher viele Ideen, für die der Platz bei weitem reicht. Ein Mitwirkungsverfahren macht allerdings nur Sinn, wenn man

auch bereit ist, etwas zu ändern, und nicht fadenscheinige Argumente vorschiebt. Aber es muss für mich auch gar nicht ein Mitwirkungsverfahren durch die ganze Bevölkerung sein, aber der Einbezug von Elternorganisationen, Kitas oder anderen Betroffenen wäre sicher wertvoll, denn ich bin überzeugt, dass es damit Lösungen sowohl für den Platzmangel als auch für den Nutzungsdruck geben würde.

Die Stadt hätte die Chance, beim Spielplatz Rigiplatz im Stadtzentrum auch einmal etwas Fortschrittliches für die Familien zu machen. Im Wahlkampf zum Stadttunnel hat der Stadtrat mit viel Engagement aufgezeigt, wie der Verkehr in den kommenden Jahren zunehmen werde. Aber was ist mit unseren Kindern? Auch die Zahlen der Kinder werden zunehmen. Und dennoch soll der Spielplatz nicht zusätzlich genutzt werden? Ich wiederhole es, das ist einfach unverständlich. Was wir brauchen, ist ein attraktives Spielplatzangebot, das von morgens bis abends genutzt werden kann. Was wir brauchen, ist ein Stadtrat, der sein Legislaturziel verfolgt. Denn das Legislaturziel 3 heisst: «Die Stadt Zug versteht Investitionen in den öffentlichen Raum als Investition in die Gemeinschaft. Die Stadt Zug steigert die Aufenthaltsqualität für ihre Einwohnerinnen und Einwohner wie auch für Menschen, die zur Arbeit nach Zug pendeln oder hier ihre Freizeit verbringen.» Oder sind mit den Einwohnerinnen und Einwohnern keine Kinder gemeint?

Obwohl es in der Antwort mit dem Spielplatzkonzept und des Prüfens der Beschattung beim Sandkasten Rigiplatz auch gewisse positive Aspekte gibt, kann ich aufgrund der zurückhaltenden Haltung des Stadtrats in Bezug auf eine Verbesserung der Aufenthaltsqualität für Familien nur eine negative Kenntnisnahme beantragen.

Die Mitte-Fraktion folgt meinem Antrag.

Eliane Birchmeier, Stadtratsvizepräsidentin

Geschätzte Manuela Leemann, ich kann dir einfach sagen: Deine Worte sind angekommen. Wir werden uns um den Rigiplatz kümmern. Insofern danke ich dir auch für die Interpellation. Ich war sehr froh darum. Vielleicht haben wir das nicht so deutlich oder nicht klar zum Ausdruck gebracht, dass wir absolut gewillt sind, diesen Rigiplatz genauer anzuschauen. Darin wurde ich auch bestärkt, unter anderem am letzten Wochenende, das war am Sonntag, da war der Rigiplatz wirklich überfüllt mit Kindern und Eltern. Und das ist ja nicht das einzige Mal, dass ich das auch gesehen habe.

Von daher kann ich dich so weit mal beruhigen. Ich selber bin ein grosser Fan von guten Spielplätzen. Dafür habe ich absolutes Verständnis. Und die Spielplätze, die du aufgeführt hast, Murimmoos oder Zoo Zürich, kenne ich selber auch noch aus der Zeit, als meine Tochter noch etwas jünger war. Da bin ich mit dir absolut einig.

Was ich auch vergewissern kann, ist, dass der Stadtrat selbstverständlich sehr kinderfreundlich ist. Vor mir sitzt Stadtrat Urs Raschle, der selbst noch kleine Kinder hat. Wir schauen da auch immer gut dazu.

In dem Sinne, wir machen uns auf den Weg. Ich danke für die Interpellation und bin gespannt, was aus dem Rigiplatz wird. Der hat ganz bestimmt viel Potenzial. Ich bin überzeugt, dass wir da etwas Schönes machen können.

Michèle Willmann

Wir möchten uns bei der Interpellantin für den interessanten Vorstoss und beim Stadtrat für die Beantwortung bedanken.

Der neue Schattenpavillon auf dem Rigiplatz-Spielplatz wird seinem Namen tatsächlich nicht gerecht. Er sieht zwar elegant aus, doch verfehlt er seinen wichtigsten Nutzen – das Schattenspenden. Aus unserer Sicht handelt es sich dabei klar um eine Fehlplanung. Weshalb wurden «gerade Latten» statt wie bei solchen Konstruktionen üblich «schräge Bretter» eingesetzt? Das ist für uns unverständlich. Mit schrägen Brettern würde bei hohem Sonnenstand, sprich im Sommer, viel Schatten erzeugt und im Winter bei tiefem Sonnenstand weniger Schatten. Damit wäre der Pavillon der ideale Schattenspende und würde seinem Namen gerecht werden. Auch gegen Wind könnte er standhalten und das Wasser problemlos abfliessen. Unsere Frage deshalb an den Stadtrat: Wieso wurden hier nicht wie bei solchen Konstruktionen üblich schräge Bretter eingesetzt? Ist der Stadtrat auch der Meinung, dass es sich hierbei um eine Fehlplanung handelt? Des Weiteren sind wir erstaunt ob der Zurückhaltung des Stadtrats gegenüber einem Ausbau des Angebots am Rigiplatz-Standort. Die Gründe sind für uns nicht nachvollziehbar. Wir haben aber die Worte der Stadträtin nun gehört und sind optimistisch, dass sich da trotzdem etwas verändern wird.

Positiv hervorheben möchten wir die Bereitschaft des Stadtrats, ein Mitwirkungsverfahren zum zukünftigen Angebot dieses Spielplatzes durchzuführen. Die Nutzerinnen und Nutzer vor Ort – seien es die Eltern oder aber auch die Kinder selbst – wissen am besten, wie der Spielplatz weiterentwickelt und verbessert werden könnte. Auch begrüssen wir, dass der Stadtrat ein Spielplatzkonzept erarbeiten und so eine proaktive Spielplatzplanung angehen und erreichen will.

Die Situation mit den öffentlichen Toiletten ist auch für unsere Fraktion nicht zufriedenstellend. Es gibt in der Stadt Zug bei den öffentlichen Toiletten praktisch nur noch die einheitlichen Metallkabäuschen, welche zwar vandalensicher, aber keineswegs attraktiv und auch nicht wirklich sauber sind. Ich persönlich meide diese, wenn immer möglich. Doch dies ist ein Thema für sich, welches wir lieber einmal separat behandeln möchten.

Wir sind gespannt, was sich aus dem Mitwirkungsverfahren ergeben wird und welche Erkenntnisse aus dem Spielplatzkonzept gewonnen werden.

Marilena Amato Mengis

Die SP dankt der Interpellantin für den Vorstoss und dem Stadtrat für die Antwort.

Öffentliche Spielplätze sind wichtig. Sie ermöglichen, wo Naturräume immer rarer werden, Bewegung und Spiel im Freien und bieten Gelegenheit, dass Kinder und Eltern aus unterschiedlichen Quartieren zusammentreffen. Hinzu kommt, dass heute sehr viele Vorschulkinder in Kitas betreut werden. Diese werden nur vereinzelt auf privaten Spielplätzen geduldet – so ist es schwierig, dass die Kinder mal irgendwo anders spielen können als im Garten der eigenen Kita, wenn diese denn überhaupt über einen solchen verfügt.

Die SP begrüsst deshalb sehr, dass der Stadtrat in Erwägung zieht, ein Spielplatzkonzept zu erarbeiten. Dabei hoffen wir und legen wir ihm ans Herz, dass er Sachverständige bei- und Eltern und Kinder einbeziehen wird. Bei einer Blitzumfrage, die ich bei Eltern mit Vorschulkindern gemacht habe, haben nämlich nicht nur die paradoxen Schlüsse, die der Stadtrat aus der Nutzungsfrequenz des Rigiplatzes zieht, und die Manuela Leemann bereits erläutert hat, Konsternierung ausgelöst. Auch die

Liste dessen, was der Stadtrat als attraktives Netz von 33 Spielplätzen bezeichnet, hat eher ein bisschen für Kopfschütteln gesorgt.

Durchwegs positiv erwähnt wurden die Fröschi, das Schattwäldli – beide leider sehr peripher gelegen – die Quartierboxen Schleifibach, Riedmatt – gern mehr davon – und auch ein paar Vereinzelte. Aber auf völliges Unverständnis stiess die Aufzählung der Schulhausplätze. Denn, dass es der Interpellantin nicht um eine Rutschi und einen Basketballkorb auf einem Hartplatz geht, liegt auf der Hand. Dass Schulhausplätze nicht für Kinder im Vorschulalter konzipiert sind und keine Orte, wo Eltern mit Kindern ein, zwei Stunden verbringen, ebenfalls. Auch meine eigenen Kinder konnten sich keinen Reim daraus machen, wie es diese Plätze auf die Liste geschafft haben und machten ein halbes Cabaret daraus, herauszufinden, was denn diese Plätze zu attraktiven Spielplätzen macht. Ihr Fazit: «Diese Liste hat vielleicht ChatGPT ausgespuckt.»

Ich verstehe nicht, wieso der Stadtrat nicht das schreiben konnte, was Eliane Birchmeier vorher gesagt hat: «Wir haben festgestellt, dass es Verbesserungspotenzial gibt, unser Spielplatzangebot in der Stadt Zug ist eher bescheiden und nicht mehr wirklich zeitgemäss. Wir werden ein Spielplatzkonzept erarbeiten.» Ich persönlch wäre schon zufrieden gewesen und mein viel kürzer. Denn eins kann ich Ihnen versichern, zumindest in Sachen Spielplätze trägt Zug definitiv keine Zentrumslast. Da haben andere Gemeinden ganz anderes zu bieten. Wir hoffen und freuen uns deshalb auf ein zeitgemässes Spielplatzkonzept und eine baldige Umsetzung – und wenn es keines geben sollte, sind wir gerne bereit, eine entsprechende Motion mitzutragen und können als Zeichen der Motivation dafür auch den Antrag auf negative Kenntnisnahme teilweise oder mehrheitlich unterstützen.

Nina Koller

Die Fraktion der GLP bedankt sich bei Manuela Leemann für das Aufbringen dieser Thematik. Die Themen, welche in der Interpellation angesprochen werden, sind von Bedeutung für unsere Gemeinde. Schöne und gut ausgestattete Spielplätze sind ein wichtiger Bestandteil unseres öffentlichen Raums und tragen zur Lebensfreude der Kinder und Familien bei.

Während meiner Primarschulzeit wurde der Schulhausspielplatz in Oberwil neu gebaut und die Kinder dazu aufgefordert, sich gestalterisch einzubringen. Ich kann mich noch an die Fantasiewelten erinnern, welche wir gezeichnet haben. Die Kreativität war grenzenlos und die Vorfreude auf den neuen Spielplatz gross. Was gibt es Schöneres als Kind, als sich auf einem originellen und künstlerischen Areal austoben zu können?

Die Fragen der Interpellation regen dazu an, darüber nachzudenken, wie wir die vorhandenen Spielplätze weiterentwickeln können, um den Bedürfnissen der Gemeinschaft gerecht zu werden. Besonders die Betonung von Schatten und anderen Komfortmerkmalen auf den Spielplätzen ist relevant, um sie für alle Besucher attraktiv zu machen.

Wir unterstützen den Gedanken, dass schöne und benutzerfreundliche Spielplätze eine wichtige Rolle für das Wohlbefinden unserer Gemeinde spielen und nehmen die Antwort des Stadtrates zur Kenntnis.

Bruno Zimmermann

Wir bedanken uns für die Antwort des Stadtrats.

Die Antwort des Stadtrats zeigt auf, dass sich die Stadt Zug um die Spielplätze kümmert. Dies finden wir gut. Es ist wichtig, die Sicherheit auf den Spielplätzen durch regelmässige Kontrolle und Unterhalt zu gewähren und die Spielplätze attraktiv zu gestalten.

In der Antwort des Stadtrats zur Frage 5 sind wir betreffend das Spielplatzkonzept jedoch nicht gleicher Meinung. Wir denken, dass es kein neues Konzept benötigt. Im Jahr 2012 wurden alle Spielplätze für gesamthaft CHF 3.2 Mio. saniert. Es kann nicht sein, dass nun nach 12 Jahren bereits wieder ein neues Konzept erarbeitet werden soll, um dann für eine Umgestaltung erneut viel Geld auszugeben. Diesbezüglich bitten wir den Stadtrat, mit Konzepten und den daraus resultierenden Kosten etwas zurückhaltender zu sein.

Die SVP-Fraktion nimmt vom Bericht des Stadtrats Kenntnis.

Marco Laubacher

Die FDP-Fraktion bedankt sich bei der Mitte für die Interpellation und dem Stadtrat für die ausführliche Stellungnahme und Offenlegung der Baukosten.

Wir begrüssen es, dass eine periodische Begutachtung aller Spielplätze vorgenommen wird. Auf den Verbesserungsvorschlag des Baudepartements, den Pavillon noch schattenfreundlicher zu gestalten, sind wir gespannt. Wir hoffen jedoch, dass dieses Projekt nicht nochmals so viel kostet wie die Erstellung des Pavillons. Ich bin vorhin noch rasch vorbeigefahren, um den Pavillon zu begutachten. Holzlatten als Schattenspender ist vielleicht auf die Dauer doch auch nicht die beste Wahl.

Ebenfalls wird erwähnt, dass der Spielplatz zu rege genutzt werde und deshalb weitere Spielmöglichkeiten aus diesem Grund sowie aus Platzgründen nicht weiter ausgebaut würden. Nun, dieser Spielplatz wird aktuell rege genutzt und wird auch zukünftig ein Platz mit hohen Besucherzahlen sein. Daher ist es vielleicht auch eine Überlegung wert, die unteren Rasenflächen durch Gummigranulatplatten zu ersetzen. Diese würden den hohen Besucherzahlen trotzen und weitere Spielplatz-Attraktionen fänden dort Platz.

Für zukünftige Projekte ist es zwingend notwendig, sanitäre Einrichtungen mit einzuplanen.

Wir nehmen die Antwort des Stadtrats so zur Kenntnis.

Philip C. Brunner

Die Debatte erinnert mich ein bisschen – Werner Hauser kann sich vielleicht auch noch erinnern – an die Jahre 2009/2010. Damals war lustigerweise oder interessanterweise die Stadträtin der Mitte, damals noch CVP, Bauchefin und wurde mit harscher Kritik über die Spielplätze eingedeckt. Meiner Meinung nach war eine Motion fällig. Mein Vorredner Bruno Zimmermann hat es erwähnt, mit grossem Aufwand wurden die Spielplätze saniert, muss man sagen. Es war damals die Kritik – diese habe ich heute nicht gehört und Sie können sich vorstellen, dass ich mich nicht so oft auf Spielplätzen bewege –, dass die Geräte kaputt seien oder nicht mehr funktionieren würden und nicht ersetzt würden. Damals wurde eine Spielplatzanalyse gemacht. Das ist die Vorlage Nr. 2110, da gibt es eine Beilage zuhanden des Stadtrats. Dort wurde jeder einzelne Spielplatz begutachtet.

Vielleicht müsste man jetzt einfach eine Analyse 2.0 machen und die entsprechenden Sachen nachrüsten. Ich kann im Einzelnen nicht beurteilen, ob die Kritik, die jetzt gefallen ist, berechtigt ist oder nicht, aber es ist Service public, genauso wie WC-Anlagen Service public sind. Dafür zahlen unsere Einwohnerinnen und Einwohner Steuern. Und der Stadtrat hat die Pflicht, entsprechend zu schauen.

Wir haben gehört, dass einzelne WCs saniert wurden. Unter anderem das fürchterliche beim Stierenmarkt, das war das Postulat von Alex Odermatt. Ich glaube, das ist eine Daueraufgabe. Das kann natürlich untergehen, das ist mir auch klar, dass wir verschiedene andere Projekte haben aller Art – Schulhausbauten etc. – und das die Grossprojekte sind. Aber das ist wirklich Lebensqualität, welche wir natürlich als selbstverständlich hinnehmen, aber die muss erarbeitet werden.

Ein zweiter Punkt, der heute vielleicht weniger erwähnt wurde, ist natürlich, dass diese Plätze entsprechend sauber gehalten werden. Davon habe ich heute nichts gehört, dass dem nicht so wäre. Aber auch das ist wichtig. Wer will schon mit seinen Kindern auf einen zugemüllten Spielplatz gehen?

Wir haben in Zug auch nicht das Problem mit den Spielplätzen, das in anderen Städten vorhanden ist, dass diese von Drogensüchtigen benützt werden etc. Davon sind wir meiner Kenntnis nach zumindest entfernt.

Wir haben also recht gute Verhältnisse. Aber ich denke, es ist eine Daueraufgabe des Stadtrats, das auch für morgen zu erhalten. Ich danke aber Manuela Leemann, dass sie das Thema heute auf das Tapet bringt und quasi als Testerin der Plätze mit ihren Kindern entsprechende Aussagen hier im Rat machen konnte. Vielen Dank.

André Wicki, Stadtpräsident

Es ist mir schon noch ein Wort wert, dass wir in der Stadt Zug doch wirklich sehr, sehr tolle Spielplätze haben. Es wurde schon angetönt, es lief ja schon einiges.

Wir wollen ja alle dasselbe: für Kinder nur das Allerbeste – sei das in der Schule und natürlich auch auf den Spielplätzen.

Wie gesagt gab es einen Bericht und Antrag im Jahr 2011, da war ich noch ganz jung dabei. Dort wurden die 28 Spielplätze analysiert und geprüft. Heute sind es 33 Spielplätze. Bei diesen 28 Spielplätzen wurde entsprechend der Analyse vom damaligen GGR die Vorlage so verabschiedet, dass 11 Spielplätze neu saniert werden. Wir haben das gemacht, diese CHF 2.2 Mio. in die Spielplätze investiert. Man hat jeden Spielplatz nicht nur angeschaut, sondern man hat die Schulleitungen, die Lehrerschaft, Kindergärtnerinnen und Kindergärtner entsprechend eingeladen. Von Nina Koller wurde es gesagt – sie und ich, wir waren beide dabei, aber in anderen Positionen –, man hat auch die Kinder eingeladen. Da gab es ganz tolle Sachen. Sie können das nachschauen, die Sanierungsprojekte waren sehr unterschiedlich bezüglich Ausgaben, zwischen CHF 50'000.00 und CHF 500'000.00. Der Spielplatz in Oberwil und jener bei der Maria Opferung wurden für rund CHF 500'000.00 saniert.

Es ist aber wichtig, da gebe ich Ihnen allen recht, dass wir immer wieder hinterfragen und verbessern. Ich kann nur sagen, das macht der Tiefbau und auch der Werkhof immer. Es geht ja auch um Sicherheit. Beim Runterlaufen habe ich mir auch ein paar Minuten Zeit genommen beim Rigiplatz. Der ist wieder entsprechend voll. Lustigerweise waren Eliane Birchmeier und ich auf eine Anregung dort wegen eines «Gigampfi». Aber ich möchte doch auch einen Nagel einschlagen: Wir sind bemüht. Wir haben gute Spielplätze. Und wir sind auch immer offen, diese weiter zu optimieren.

Ratsvizepräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass ein Antrag auf ablehnende Kenntnisnahme vorliegt.

Abstimmung Nr. 4

- Für ablehnende Kenntnisnahme stimmen 10 Ratsmitglieder
- Für Kenntnisnahme stimmen 21 Ratsmitglieder
- Enthaltungen: 3

Ergebnis Abstimmung Nr. 4

Ratsvizepräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass der Rat die Antwort des Stadtrats zur Kenntnis genommen hat.

8. Parlamentarische Vorstösse

8.1 Motion T. Zimmermann, ALG, und Mitunterzeichner betreffend «Kostenmiete für städtische Liegenschaften»

Es liegt vor:

- Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2870 vom 26. März 2024

Urs Raschle, Stadtrat

Wir verlassen nun die Spielwiese und kommen auf eine neue Spielwiese. Hier geht es nun um eine strategisch wichtige Frage, deshalb erlaube ich mir, bevor wir in die Diskussion starten, noch einige wichtige Punkte zu nennen.

Sie wissen es, der Vorstoss wurde vor einigen Jahren eingereicht, dies insbesondere im Zusammenhang mit der Situation KEB und EVZ bei der Bossard Arena. Sowohl in den Rechnungen wie auch beim Budget war nicht ersichtlich, wie viel Geld die KEB seitens EVZ erhält und vor allem wie viel Geld davon in die Kasse der Stadt Zug fliesst. Ja, es herrschte eine Intransparenz. Der Vorstoss wollte dieses Problem lösen und man nahm sich gleich der gesamten Thematik an.

In akribischer Kleinarbeit – und das kann ich Ihnen wirklich versichern – hat mein Team in den letzten zwei Jahren sämtliche Verträge und Leistungsvereinbarungen auseinandergenommen und mit den Organisationen geprüft und vor allem geschaut, wo die Kostenmiete erfüllt ist und wo nicht. Dabei mussten wir eingestehen, dass der Fall KEB nicht ganz ein Einzelfall ist, sondern dass auch andere Vereine und Institutionen davon betroffen sind.

Meine Damen und Herren, der Stadtrat schlägt Ihnen deshalb heute vor, diese Intransparenz zu lösen. Da es allerdings bei gewissen Vereinbarungen um hohe Beträge geht, welche einerseits einbezahlt werden müssten seitens Institutionen, andererseits aber seitens Stadt Zug auch wieder zurückbezahlt werden müssten, damit diese Institutionen überhaupt überleben können, könnte es dadurch zu Volksabstimmungen kommen. Und das war dem Stadtrat wichtig, das wollen wir alle nicht. Deshalb haben wir uns für einen pragmatischen Mittelweg entschieden.

Dieser Mittelweg liegt nun vor und das Zauberwort heisst «kalkulatorische Buchungen». Diese werden in Zukunft im Budget aufzeigen, wie hoch die Kosten der Kostenmiete wirklich sind, ohne dass aber sämtliche Beiträge mit Geld bezahlt werden müssten.

Damit nun aber nicht alle Kleinstvereinbarungen unter Druck geraten, hat der Stadtrat weiter entschieden, dass Vereinbarungen bis CHF 20'000.00 jeweils in den Verantwortungen der Departemente liegen und nicht beim Gesamtstadtrat.

Insgesamt reden wir über 41 betroffene Mietverhältnisse, welche so im Hinblick auf das Budget 2025 angepasst werden müssten, wobei – und das ist dem Stadtrat wichtig – der kalkulatorische Ansatz im Vordergrund stehen soll. Heute und hier geht es nun wirklich darum, von Ihnen zu erfahren, was sie von diesem Ansatz halten und vor allem auch welche Variante weiterverfolgt werden soll.

Denn seien wir ehrlich, wenn Sie heute zu dieser Vorlage Nein sagen, dann sagt der Stadtrat nachher auch nicht nein. Aber der Stadtrat ist klar der Meinung, diese Zeiten sind vorbei. Es braucht Transparenz und wir sind bereit, diese Transparenz zu geben.

Im Hinblick auf die heutige Sitzung wurde ich vom GPK-Präsidenten informiert, dass die GPK gerne vertieft darüber diskutieren möchte. Dies begrüsst der Stadtrat sehr. Allerdings sollte heute nun zuerst entschieden werden, welcher Ansatz nun wirklich gilt. Und basierend auf dieser Entscheidung kann

anschliessend der Weg begangen werden, welcher auch seine Zeit braucht, bis alle Leistungsvereinbarungen korrekt umgesetzt werden. Denn es braucht beide Seiten, nicht nur die Stadt, sondern auch die Vereine, welche dort die Anpassungen bei der Buchhaltung vornehmen.

In diesem Sinne bitte ich Sie, heute darüber zu diskutieren, welche Variante gewählt und welcher Weg nun eingeschlagen werden soll. Der Vorschlag des Stadtrats ist klar, es ist die Variante 2, Transparenz hinzukriegen im Hinblick auf das Budget, aber das Fuder nicht überladen, das Fass nicht zu voll zu machen und vor allem eben auch keine Geldflüsse auszulösen, welche dann sogar zu Volksabstimmungen führen könnten.

Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit, ich freue mich nun auf die Diskussion.

Philip C. Brunner, GPK-Präsident

Der Transparenz halber kann ich bestätigen: Es ist richtig, dass es im Vorfeld einige Telefonate gegeben hat. Ich wurde aus dem Kreise der Motionäre angefragt, ob die GPK bereit wäre, dieses Thema anzugehen. Ich persönlich habe Ja gesagt und zwei zustimmende Voten aus der GPK erhalten. Ich glaube, die GPK ist bereit, im Sinne der Ausführungen von Finanzchef Urs Raschle das Ganze anzuschauen und Ihnen dann mit Bericht und Antrag entsprechend zu berichten.

Ich kann dazu noch sagen, dass wir in der GPK schon einmal während der Coronaphase vertrauliche Zahlen behandelt haben und das bestens gegangen ist. Sie können sich erinnern, damals hat die GPK sämtliche Einzelbeträge, welche von der Stadt ausbezahlt wurden, angeschaut und konnte dazu dem GGR entsprechend Bericht und Antrag unterbreiten. Ich wollte Ihnen das einfach vorher sagen. Meinerseits ist die Bereitschaft da, das in der GPK zu traktandieren. Ich habe die GPK dazu transparent informiert. Dies ist aber mein Votum als Einzelsprecher, denn wir haben das GPK-intern noch nicht diskutiert. Aber ich denke im Juni/Juli 2024 wird auch zeitlich Gelegenheit sein, das zu machen. Mitte Mai haben wir eine Sitzung betreffend die Jahresrechnung, aber es stehen weitere Sitzungen dieses Jahr zur Verfügung und ich denke, das Ganze braucht etwas Zeit. Der Stadtrat hat sich auch etwas Zeit genommen, also denke ich, kann man diese auch der GPK geben.

Stefan W. Huber

Einfach als Tipp: In der Regel möchten die Motionäre eigentlich etwas sagen. Ich habe gestreckt, wurde aber übersehen – aber kein Problem.

Wie so oft scheint auch hier gutes Ding Weile haben zu müssen. Seit der Einreichung unserer Motion im Dezember 2020, die sich für die Einführung der Kostenmiete für städtische Liegenschaften starkmacht, sind nun fast vier Jahre vergangen – oder 40 Monatsmieten, um genau zu sein. Oder um noch genauer zu sein: 6'400 Mietzahlungen mit einem Volumen von insgesamt über CHF 30 Mio. Verstehen Sie mich nicht falsch, uns Motionären ging es nie darum, dass uns das Geld wehtut. Im Gegenteil, es geht darum, dass diese CHF 30 Mio. nun in Zukunft noch viel mehr nicht die Wertschätzung erhalten, die sie verdient hätten. Es geht darum, Fairness, Gleichberechtigung, Transparenz und Effizienz bei der Vermietung städtischer Immobilien zu gewährleisten.

Wie fühlt sich Verein A, wenn er bei jedem Sparpaket wegen ein paar tausend Franken um seine Existenz bangen muss? Wie fühlen sich die Mitarbeiter des Ökihofs, wenn Ihnen beim nächsten Sparen und Verzicht III der Lohn um ein paar hundert Franken gekürzt wird, während sich die profitorientierte Holding-Gesellschaft X um ein paar Millionen Franken nicht vorhandene Mieten gar nie Sorgen machen muss, weil sie irgendwo in den Tiefen einer nicht mehr zeitgemässen Buchhaltung als Nichterträge gar nie erscheint? Ja, es ist eine komplexe Aufgabe, dieses HRM2 umzusetzen.

Das Ziel des Departements von Urs Raschle, diese mehr als ein Jahrzehnt alten, überall bekannten und mittlerweile auch überall verbindlich geforderten Buchungsgrundsätze einzuhalten, scheint auf den ersten Blick tief gegriffen. Doch der stadträtliche Bericht zeigt deutlich, dass HRM2 einer Art friedvollen Französischen Revolution in der Stadtzuger Finanzverwaltung gleichkommt.

Aber Spass beiseite, Urs Raschle, du hast mich beeindruckt. Bei der GLP sind wir uns gewohnt, dass solche Anliegen in aller Regel immer als lächerliche Nebensächlichkeiten abgetan werden. Aber du hast die Relevanz sofort erkannt, nicht nur in der Sache, sondern auch in der Umsetzung. Du hast es verstanden, dass die Idee nie war, Kleinmieter, die meist langjährige Vertragspartner und oft gemeinnützig und sozial orientierte Organisationen sind, zu benachteiligen, sondern es immer nur darum ging, Kostentransparenz und Fairness zu schaffen.

Die jüngste Vorlage des Stadtrats zeigt, dass in den vier Jahren bereits Fortschritte gemacht wurden, jedoch auch, dass die Herausforderungen bei der praktischen Umsetzung unserer Absichten bestehen bleiben. Besonders aufschlussreich ist die Verteilung der finanziellen Mittel. Gemäss der kalkulatorischen Abgrenzung der Kostenmiete sprechen die Zahlen eine deutliche Sprache. Von den insgesamt CHF 6.7 Mio., die nur die Beiträge, die über dem Schwellenwert liegen, ausmachen, die für 40 Mietverhältnisse angewandt werden, entfallen mehr als 39 Prozent, das sind CHF 2.6 Mio. auf nur fünf Mietverhältnisse des Präsidialdepartements. Vergleichsweise beansprucht das Bildungsdepartement mit mehr als fünfmal so vielen Mietverhältnissen, die über dem Schwellenwert liegen, nämlich insgesamt 27, nur weniger als das Doppelte, nämlich 50 Prozent des Gesamtbetrags. Abgeschlagen auf dem letzten Platz der Kostenintransparenz liegt das gern gescholtene Departement Soziales, Umwelt und Sicherheit, dass trotz eines Viertels aller Mietverhältnisse nur ein Zehntel der Kosten ausmacht. Zahlen, die vor Augen führen, dass das Problem der Transparenz und Fairness nicht bei den kleinen Mietern liegt, sondern hauptsächlich und wahrscheinlich nur eine Handvoll grosser Institutionen betrifft.

Während uns die Festlegung eines Schwellenwertes von CHF 20'000.00, der den Finanzvorschriften entspricht, sinnvoll erscheint, sehen wir den Sinn einer Stelle im Bericht des Stadtrats auf Seite 3 nicht ganz. In Anlehnung an den Schwellenwert von CHF 20'000.00 werden Mietzinse, deren Differenz zur Kostenmiete geringer als CHF 20'000.00 sind, nicht verbucht. Hier stosse ich etwas an die Grenze meines buchhalterischen Verständnisses. Wir nehmen an, dass die Mietzinse durchaus verbucht werden, auch die Mietzinse, deren Differenz unter dem Schwellenwert liegt, jedoch nicht die Kostendifferenz zwischen dem bestehenden Mietvertrag und dem neuen zusätzlichen internen Mietvertrag, der zur Berechnung der Kostenmiete neu geschaffen wird. Hier wären wir für eine Klarstellung dankbar.

Insgesamt befürworten wir den Bericht des Stadtrats und können ihn nur bei der Umsetzung unterstützen. Wir halten es nicht für nötig, dass dieses Anliegen vor das Volk gebracht wird. Wir sind überzeugt, dass Urs Raschle das erfolgreich und transparent gestalten wird.

Esther Ambühl Tarnowski

Im Namen der SP-Fraktion danke ich den überparteilichen Motionärinnen und Motionären für die Motion und dem Stadtrat für den Bericht und Antrag. Der Zwischenbericht vom 18.1.2022 – ein Link dazu wäre für mich hilfreich gewesen – verdeutlicht das Vorgehen, die Hindernisse und vor allem der grosse, nötige Aufwand, generiert durch die vielen Mietverhältnisse, unterschiedlichen Kostenstellen und Funktionen und die Historie der Mietverhältnisse. Zudem hält der Bericht fest und es wird in der Debatte bestätigt, dass die Schaffung von Transparenz nicht mit der Absicht verbunden ist, höhere Mietzinserträge zu generieren.

Wir sind überzeugt, der Aufwand könnte sich gelohnt haben. Es war ein überfälliger Schritt, denn nur so wird klar, wie die Stadt das öffentliche Leben unterstützt – was auch Teil ihrer Aufgabe ist. So kann abgeschätzt werden, ob hier eine Gleichbehandlung beziehungsweise eine gerechtfertigte Ungleichbehandlung vorliegt.

Gemäss Zwischenbericht hat sich der Stadtrat bei der Frist zur Beantwortung wohl um ein Jahr vertan, eigentlich wäre die Frist Frühjahr 2023 gewesen. Aber nun liegt er vor, löst bei uns aber mehr Fragen als Antworten aus.

Versprochen wurde von André Wicki, ich zitiere aus dem GGR-Protokoll vom 22.2.2022: «Aufbereiten möchten wir das in Form einer Liste. Auf dieser Liste sollen alle Mietverträge mit der Angabe des Mietzinses, der Kostenmiete und des zuständigen Departements festgehalten sein. In der letzten Spalte soll stehen, was die Empfehlung des Finanzdepartements beziehungsweise des entsprechenden Departements ist. Mit dieser Liste können wir dann arbeiten. Ich schlage auch vor, dass wir mit dieser Liste in die Geschäftsprüfungskommission gehen und das vorbesprechen.»

Die Liste haben wir nicht bekommen und vergeblich gesucht. Bekommen haben wir inhaltlich sehr wenig Transparenz. Transparenz sieht für uns etwas anders aus. Klar, es ist wohl nicht zielführend, dass sich 40 GGR-Mitglieder stundenlang und in einer breiten Öffentlichkeit mit dieser inhaltlich sehr komplexen Tabelle herumschlagen. Aus unserer Sicht hätte diese Liste in der GPK erörtert werden müssen und zukünftig auch wiederkehrend erörtert werden. So würden die Zahlen 5, 27 und 9 auch mit mehr Inhalt gefüllt werden. Die Transparenz wäre gewährleistet und der Stadtrat könnte anhand dieser nun vorliegenden Grundlagenarbeit Veränderungen wahrnehmen und diese mit der GPK diskutieren.

Mit diesem zusätzlichen Wissen wäre auch nachvollziehbar, wie weit die Finanzkompetenzen tangiert sind und wie zukünftig damit umgegangen werden soll. Wie André Wicki bei der Behandlung des Zwischenberichts ausgeführt hat, kann es nicht Ziel sein, dass wir allenfalls alle vier Jahre eine Volksabstimmung über die Kostenmiete des Casinos durchführen. Von daher unterstützen wir diese Verbuchung, so wie vorgesehen.

Die Umsetzung wie vorgeschlagen gibt gewisse Mehrinformation, hilft aber noch nicht, das Ganze im Ganzen zu erfassen.

Und nicht vergessen werden sollte, dass ein sehr grosser indirekter Subventionsbezüger in diesen Rechnungen und Tabellen wohl nirgends erscheint.

Für uns ist klar: Die Beantwortung der Motion kann nur der erste Schritt gewesen sein. Unabdingbar ist, dass mit diesen Erkenntnissen nun weiter Transparenz auf den richtigen Ebenen geschaffen werden muss und die richtigen Schlüsse daraus gezogen werden. Nochmals möchten wir betonen, dass diese neue Übersichtlichkeit und Transparenz nicht zu einem Mietzinstreiber werden soll und es soll auch insbesondere für kleinere Vereine und Institutionen nicht zu einem Mehraufwand führen. Aber es soll zu einer gewissen Nachvollziehbarkeit und Transparenz führen, damit es weniger nach Zufälligkeit und Gutdünken aussieht.

Wir werden uns allenfalls vorbehalten, Folgevorstösse einzureichen. Aber wie wir jetzt auch schon gehört haben, ist hier vorgesehen, dass mehr Transparenz geschaffen werden soll.

Die SP-Fraktion wird den Antrag des Stadtrats zur Kenntnis nehmen.

Christoph Iten

Vorab möchte ich unseren grossen Dank an den Stadtrat, Frau Guthke sowie alle weiteren involvierten Verwaltungsmitarbeiterinnen aussprechen. Wenn man den Bericht liest, spürt man nicht wirklich, wie viel Arbeit dahinterstand. Sämtliche Vertragsverhältnisse zusammentragen, sämtliche Verträge dazu aufbereiten, die ganzen Angaben für die Kostenmieten aller Verhältnisse aufbereiten, die ganze Sache berechnen – und das für rund 400 Mietverhältnisse –, das ist ein gigantischer Aufwand, der hier geleistet wurde. Also wirklich sehr, sehr viel Arbeit, vielen Dank dafür.

Unserer Meinung nach hat sich dieser Aufwand aber gelohnt. Es sind eindrückliche Zahlen und sie zeigen auf, in welchem Ausmass die Stadt verschiedenste Organisationen via Mietreduktionen unterstützt. Die Beantwortung zeigt aber auch auf, dass wir hier in der Vergangenheit ganz klar nicht nach HRM2-Vorgaben unterwegs waren – das Motionsanliegen somit überaus berechtigt.

Der Bericht zeigt auch auf, dass die so gesprochenen Subventionen bei den Empfängern zu Vorsteuerkürzungen führen, was wohl unschön ist. Allerdings ist dies nichts Neues. Bereits in der Vergangenheit hätte dies so gemacht werden müssen – es wurde einfach nur bei Stichproben-Kontrollen der Eidgenössischen Steuerverwaltung festgestellt und aufgerechnet. So auch bei der KEB in der Vergangenheit. Dieses latente Steuerrisiko wird somit künftig entschärft.

Wir haben allerdings auch zwei Themen, bei denen wir mit dem Stadtratsbericht nicht zufrieden sind: Transparenz und Kompetenz.

Zur Transparenz:

Die stark zusammengefasste Liste über drei Departemente ist wohl informativ, genügt der Transparenz aber noch nicht. Ziel soll nicht sein, dass wir hier im Rat sämtliche detaillierten Listen veröffentlichen und wir Vergleiche des Vereins X mit dem Verein Y machen können oder wollen. Es kann aber auch nicht sein, dass wir im Präsidialdepartement fünf Mietverhältnisse haben, die im Durchschnitt über CHF 500'000.00 Subvention erhalten, und wir im Rat, als auch die Öffentlichkeit, keine Ahnung haben, wer das sein soll. Man hat wohl Vermutungen, aber man weiss es nicht. Hier braucht es noch zweckmässige Verbesserung – beispielsweise mit der Veröffentlichung der jährlichen Subventionen ab einem Schwellenwert von über CHF 100'000.00, der kann auch anders aussehen. Aber dass man das hier überhaupt nicht transparent darstellt, ist für uns nicht zufriedenstellend. Datenschutz hin oder her – die erhalten die Unterstützung der Stadt.

Zur Kompetenz:

Wir haben immer gesagt: Verzicht auf Einnahmen ist Ausgaben gleichzustellen. Das ergibt sich aus dem Bruttoprinzip. Das gilt nicht nur nach HRM2, das sollten eigentlich alle kennen, die irgendwo mal mit Buchhaltung zu tun hatten. Das bestätigt sich hier dadurch, dass im Bericht stets von Subventionen gesprochen wird – und diese künftig auch als Aufwand – wohl kalkulatorischer, aber als Aufwand – in der Jahresrechnung ersichtlich sein werden.

Daraus ergeben sich durchaus spannende Fragen betreffend die Ausgabenkompetenz des Stadtrats. Vielleicht als kurze Wiederholung: Bei wiederkehrenden Ausgaben, was wir vorliegend wohl haben, hat der Stadtrat Kompetenz bis CHF 100'000.00, wenn ich richtig informiert bin, der GGR grundsätzlich bis CHF 500'000.00.

Wenn wir nun beispielsweise das Präsidialdepartement anschauen: Wir können daraus lesen, dass mindestens ein Mieter, vermutlich noch mehr, mit über CHF 500'000.00 subventioniert wird. Dazu lässt sich im Bericht leider keine einzige Aussage finden. Sehr schade.

Somit hier die Frage an den Stadtrat: Aufgrund welcher Rechtsgrundlage hat der Stadtrat diese Subventionen in der Vergangenheit gesprochen?

Und falls man hier tatsächlich festgestellt hätte, dass man das in der Vergangenheit nicht ganz richtig gemacht hat, dann wäre die Folgefrage: Aufgrund welcher Rechtsgrundlage wird der Stadtrat diese Subventionen in Zukunft sprechen?

Diese zwei Themen Transparenz und Kompetenz brauchen nach Meinung der Mitte-Fraktion zwingend weitere Bearbeitung.

Und wir sind froh, dass sich der GPK-Präsident grundsätzlich bereit erklärt hat, sich in der GPK diesen zwei Themen anzunehmen. Selbstverständlich unter Vorbehalt der Zustimmung der weiteren GPK-Mitglieder.

Um es etwas bildlich zu beschreiben: Der Stadtrat und die Verwaltung haben hier sehr lange und sehr intensive Arbeit geleistet und sind fast einen Marathon gerannt. Und ich sage «fast» sehr bewusst, weil wir nur 500 Meter vor der Ziellinie und da stehen bleiben. Wenn wir die Themen Transparenz und Kompetenz hier nicht abschliessend umsetzen, dann war eigentlich diese ganze Vorarbeit – und ich möchte nochmals betonen, dass diese sehr umfangreich war – eigentlich vergebens. Das Ziel nicht erreicht.

Der Stadtrat ist also noch nicht aus der Pflicht. Die Themen Transparenz und vor allem Kompetenz sind in diesem Zusammenhang noch ganz klar ungenügend umgesetzt. Wir zählen hier darauf, dass die GPK dem Stadtrat bei der Umsetzung des Motionsanliegens sanft, aber bestimmt, über die Ziellinie hilft.

Und vielleicht noch als Replik zur Aussage von Urs Raschle: Wir sind grundsätzlich mit diesen kalkulatorischen Buchungen einverstanden. Das ist für uns einleuchtend. Auch dass da kein Geldfluss passieren muss, ist wohl sinnvoll. Dass das aber unterschiedlich beurteilt wird betreffend Kompetenz, sehen wir grundlegend anders. Und wenn man hier fast etwas lapidar sagt, dass man keine Volksabstimmung will und deswegen dieses «Buebetrickli» macht, damit sind wir nicht einverstanden. Ich nehme als Beispiel Kollege Richard Rüegg mit der Zunft der Letzibuzäli. Diese erhält Werkhofleistungen im Wert von rund CHF 17'000.00 und muss dafür eine Leistungsvereinbarung eingehen. Da machen wir ein riesiges Büro auf. Und bei diesen ganz grossen Beträgen, da sagen wir einfach, wir verrechnen es nicht und verzichten auf die Einnahme, dann ist das kalkulatorisch und passt das schon. Dann beantrage ich als Nächstes, dass wir diese Logik auch bei allen anderen anwenden, die eigentlich der Stadt etwas zahlen müssten: Wir verzichten auf die Einnahme, ist kalkulatorisch, kein Problem.

In diesem Sinne unterstützt die Mitte-Fraktion die Erheblicherklärung im Sinne der Erwägungen und Abschreibung von der Geschäftskontrolle – mit der klaren Erwartung zur Weiterbehandlung durch die GPK. Ich wäre dankbar, wenn der Stadtrat mir noch die eine Frage beantworten könnte.

Stefan W. Huber

Vielen Dank, Christoph Iten, für dein Votum. Ich habe gerade gemerkt, dass ich einfach angenommen habe, dass diese kalkulatorischen Dinge, das Auslaufen der Nichtkostenmiete natürlich selbstverständlich ist für kommende Leistungsvereinbarungen. Bei einigen Vereinen besteht ja noch keine Leistungsvereinbarung, aber ich nehme an, dass diese Mietverhältnisse mit einem bestimmten Ende befristet sind, genauso wie die üblichen Leistungsvereinbarungen mit den Institutionen, die in der Regel sonst auch Subventionen empfangen, und dass die auslaufenden Verträge ohne die

Initiative des GGR selbstverständlich vom Stadtrat proaktiv in den GGR gebracht werden, wenn die Leistungsvereinbarungen in den GGR kommen. Ich habe das einfach angenommen. Wenn ich das nicht einfach annehmen kann, dann kann ich mich Christoph Itens Votum nur anschliessen. Ich bin nicht der Meinung, dass diese Liste jetzt transparent gemacht werden muss, aber finde es unabdingbar und fände es eine Katastrophe, wenn es nicht eine Selbstverständlichkeit wäre, dass das vom Stadtrat proaktiv berücksichtigt wird bei den kommenden Leistungsvereinbarungen.

Dagmar Amrein

Die ALG-CSP dankt dem Stadtrat für Bericht und Antrag zu dieser Motion. Wir sind uns bewusst, dass die Beantwortung derselben mit ordentlich Arbeit verbunden war, mussten doch mehr als 400 Mietverhältnisse überprüft werden. Besten Dank an die Stadtverwaltung dafür.

Der Stadtrat erklärt, was die Kostenmiete ist und wie er in Zukunft mit Mietverhältnissen umgehen will, welche unter der Kostenmiete liegen. Dabei sollen Mietzinse, deren Differenz zur Kostenmiete weniger als CHF 20'000.00 beträgt, nicht verbucht werden. Für solche, die diesen Betrag übersteigen, soll ein zusätzliches Mietverhältnis eröffnet werden. Die Abweichung zur Kostenmiete ist dann eine «Naturalleistung», welche die Stadt der Institution gewährt und wird als «nicht geldwerter Beitrag» abgebucht.

So weit, so gut. Das vorgeschlagene Vorgehen scheint uns vernünftig. Auch der Schwellenwert von CHF 20'000.00 ist verhältnismässig, der Aufwand für die Leistungsverträge bei all diesen Fällen wäre zu hoch. Und selbstverständlich wollen wir kleine Vereine nicht zusätzlich belasten.

Trotzdem sind wir mit der Beantwortung der Motion nicht wirklich zufrieden: Ziel der Motion war es, Transparenz herzustellen. Dies ist bislang noch nicht gelungen. Der Bericht macht zwar eine Gegenüberstellung, in welchem Departement wie viele Mietverhältnisse von einer grösseren Abweichung zur Kostenmiete betroffen sind, führt aber nicht auf, welche dies sind. Besonders ins Auge sticht, dass sich die Abweichung zur Kostenmiete im Präsidialdepartement bei nur fünf Institutionen auf CHF 2.6 Mio. beläuft. Das heisst, im Durchschnitt erhält jede dieser Institutionen mehr als eine halbe Million Franken versteckter Subventionen jährlich.

Dies wirft Fragen auf. Welches sind diese Institutionen? Um welche Beträge geht es tatsächlich? Für uns ist klar: Solche Abweichungen von der Kostenmiete können durchaus gerechtfertigt sein. Es gilt einen Unterschied zu machen zwischen Vereinen, die einen gesellschaftlichen oder kulturellen Wert bringen, versus gewinnorientierten Unternehmen. Auf jeden Fall wichtig ist aber: Es muss transparent und offen sein.

Nun wird es nicht möglich und wohl auch nicht gerechtfertigt sein, dass der GGR jedes einzelne Mietverhältnis prüft. Hingegen haben wir uns gefragt: Weshalb gelangte das Geschäft nicht in die GPK zur Vorprüfung? Wenn es um Beträge in der genannten Grössenordnung geht, muss genauer hingeschaut werden.

Fazit: Wir sind grundsätzlich mit dem geplanten Vorgehen des Stadtrats einverstanden. Vollständige Transparenz ist aber noch nicht geschaffen. Unter der Voraussetzung, dass das Geschäft in der GPK nochmals bearbeitet wird, wie das nun vorgeschlagen wurde, nehmen wir den Bericht aber so zur Kenntnis.

Daniel Blank

Ich halte mich kurz. Ich kann das, weil schon so viel gesprochen wurde und wir uns als Fraktion den meisten Vorrednern wirklich anschliessen können. Speziell anschliessen möchten wir uns dem sehr ausführlichen Votum von Christoph Iten. Er hat das hier wirklich sehr detailliert zu Protokoll gebracht, was da die wichtigen Punkte sind. Ich möchte aber auch noch die Liste hervorheben, die von Esther Ambühl Tarnowski von der SP erwähnt wurde. Es braucht wirklich diese Liste. Diese Liste muss vor die GPK und dann muss man schauen, was gemacht werden soll.

Ich komme also zu unserem kurzen Statement: Transparenz schaffen und die Finanzkompetenzen einhalten. Das sind die beiden Stichworte. Das müssen wir wirklich machen.

Wir vertrauen darauf, dass die GPK zusammen mit dem Stadtrat nicht nur eine pragmatische Lösung, sondern auch eine Lösung findet, die rechtlich wirklich sauber ist.

Die FDP gibt heute keinen Freipass für einen Weg, weil uns die Sache nicht definitiv offen ist. Wir werden die Motion aber erheblich erklären und abschreiben.

Philip C. Brunner

Ich kann es ebenfalls kurz machen. Zuerst besten Dank an die damaligen Motionäre aus allen Fraktionen, welche diese Motion «Kostenmiete für städtische Liegenschaften» eingegeben haben. Aber der Dank – das haben meine Vorredner auch schon gesagt – gilt natürlich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, welche an diesem Projekt gearbeitet haben.

In der Tat ist das Ergebnis vielleicht die Spitze des Eisberges, würde ich mal sagen. Gleichzeitig haben wir heute ja einen wichtigen Prozess angestossen. Ich hoffe sehr, dass Sie damit einverstanden sind, dass die GPK das weiterbearbeitet.

Ein Punkt wurde noch nicht gesagt und der ist mir und unserer Fraktion sehr wichtig: Das ist eine gewisse Fairness. Ich glaube, ein Vorsprecher hat gesagt, es geht nicht darum, irgendwelchen Leuten, die seit Jahren in einer stark verbilligten Wohnung sind, die Miete um ein paar hundert Franken zu erhöhen. Das ist nicht das Ziel der Übung. Es geht wirklich vor allem um diese 41 städtischen Projekte. Das ist sicher im Fokus. Die anderen werden wir auch anschauen. Und ich denke, Sie haben mit der heutigen Wahl von Christoph Iten in die GPK einen Experten in die Kommission gewählt, der uns in dieser Sache ebenfalls unterstützen wird, dass wir Ihnen da eine gute Lösung vorschlagen könne. In Zusammenarbeit selbstverständlich mit den Mitarbeitern der Stadt Zug, ich denke da vor allem an Andreas Rupp, den Finanzsekretär der Stadt Zug, der dafür bekannt ist, dass er ganze Arbeit leistet und allen Interessen dieses Parlaments entgegenkommt, was man ja nicht immer so eins zu eins erfährt.

In diesem Sinne seitens der SVP: Auch wir unterstützen den Antrag auf Erheblicherklärung, Abschreibung und Überweisung an die GPK, welche dann mit einem Bericht dieses Thema weiterhin in diesem Rat wieder zum Thema machen wird. Dann sind wir vielleicht und hoffentlich ein paar Schritte weiter.

Urs Raschle, Stadtrat

Ich danke für die allgemein positive Aufnahme der Vorlage.

Ich gehe gleich zu Christoph Iten. Aus meiner Sicht sind wir nicht 500 Meter vor dem Ziel, sondern bei Kilometer 21. Das Ganze ist nämlich ein Marathon. Bis wir dann alle diese Leistungsvereinbarungen und so weiter umgesetzt haben, braucht es wirklich noch Zeit.

Aber heute geht es darum, in welche Richtung der Marathon weiterverlaufen soll. Und der Vorschlag des Stadtrats ist eben: geradeaus. Und wenn ich Sie richtig verstehe, dann folgen Sie unserem Vorschlag. Aber es braucht noch viel Zeit.

Und da bin ich sehr froh, dass wir dies mit der GPK anschauen können. Denn es geht gerade auch um die Fragen von Christoph Iten bezüglich Subventionen und diesen kalkulatorischen Angaben. Grundsätzlich sind Subventionen Entscheidungen des Stadtrats und/oder des Parlaments und die meisten sind historisch gewachsen, basierend auf Empfehlungen, Richtwerten und so weiter.

Mit der grossen Aufgabe, welche wir nun gemacht haben, zeigt sich eben, dass sehr viele Subventionen nicht der Kostenmiete – sprich der Wahrheit – entsprechen. Dies hilft nun bei den zukünftigen Diskussionen mit den Leistungsempfängern, aufzuzeigen, dass es entweder mehr Geld braucht oder der kalkulatorische Ansatz weiterverfolgt wird. Ich kann mir sehr gut vorstellen, dass mittelfristig neue Leistungsvereinbarungen ins Parlament kommen werden, wo wir dann aufzeigen, dass es mehr Geld braucht, damit wir dort wieder diesen korrekten Wert erreichen.

Aber die grosse Aufgabe, welche nun hier gemacht worden ist, auch mit dieser Liste, zeigt nun, dass tatsächlich gewisse Gaps vorhanden sind. Und im Budget 2025 wollen wir zumindest mal genau aufzeigen, wo die liegen.

Nun zur Frage, weshalb diese Liste nicht vorliegt. Sie haben es selber angetönt, das hängt mit dem Datenschutz zusammen. Diese Liste dürfen wir Ihnen nicht präsentieren. Denn es wäre zu offensichtlich, welche Institutionen gemeint und betroffen sind. Wir werden diese Liste aber ganz klar mit der GPK anschauen und besprechen. Denn es geht dann auch darum, zu entscheiden, welche Massnahmen umgesetzt werden. Es sind diese 41 Verhältnisse, die betroffen sind.

Dann haben wir noch eine Frage seitens GLP mit den unterschiedlichen Beträgen der CHF 20'000.00. Ja, das ist tatsächlich so gemeint. Wenn der Unterschied unter CHF 20'000.00 liegt, der Betrag kann durchaus bei CHF 100'000.00 sein, die Kostenmiete wäre beispielsweise CHF 110'000.00, dann liegt die Kompetenz im jeweiligen Departement, zu entscheiden, ob dies nun kalkulatorisch gemacht werden soll oder nicht. Es soll aber verbucht werden.

Aus meiner Sicht sind das die wichtigsten Fragen gewesen. Ich danke nochmals für die positive Aufnahme und die Arbeit geht uns tatsächlich nicht aus. Ich freue mich sehr auf die Zusammenarbeit mit der GPK.

André Wicki, Stadtpräsident

Vielen Dank für die Motion. Es gibt einiges abzuarbeiten. Es wurde von Ihnen verdankenswerterweise schon gesagt, dass sehr viel Arbeit geleistet wurde. Ich habe kurz nachgeschaut, die Motion wurde am 15.12.2020 von Ihnen überwiesen.

Ich kann Ihnen nur sagen, wir hatten bereits ein knappes halbes Jahr später die erste Aussprache diesbezüglich und immer wieder.

Urs Raschle hat die Antwort eigentlich schon gegeben, selbstverständlich bestehen alle Listen, aber wir haben auch Datenschutzaspekte.

Zu den Punkten Transparenz und Kompetenz von Christoph Iten: Das ist das höchste Gut, das wir auch haben wollen und entsprechend aufarbeiten müssen. Sie werden die Listen detailliert zur Verfügung bekommen.

Ich möchte noch einen Punkt sagen, ein kleines Beispiel zur Kostenmiete: Viele der insgesamt 230 Immobilien der Stadt Zug wurden eigens für Nutzungen gebaut, sei das im Bereich Sport, Freizeit oder Kultur, oder sie wurden übernommen. Da eine Kostenmiete zu berechnen ist nicht ohne. Man kann gewisse Gebäude gar nicht auf den Markt bringen und sagen, man macht eine andere Nutzung. Das vielleicht als kleiner Punkt zur Ergänzung. Das war eine der grossen Herausforderungen. Alles Weitere werden wir in der GPK besprechen und dann auch im GGR.

Ergebnis

Ratsvizepräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass der Rat den Bericht des Stadtrats zur Kenntnis genommen hat. Die Motion wird erheblich erklärt und von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.

8.2 Interpellation der SVP-Fraktion vom 28. Februar 2024 betreffend «#tschüssX – Warum»

Es liegt vor:

- Antwort des Stadtrats Nr. 2869 vom 19. März 2024

Roman Küng

Bei der Einreichung dieser Interpellation haben wir uns schon auch gefragt, ob das Thema überhaupt wichtig genug ist, um angesprochen zu werden. Wir waren dann aber doch recht erstaunt, welches Echo die Berichterstattung über meinen Unmut betreffend die stadträtlichen Aussagen zu dieser Interpellation in den Medien ausgelöst hat. So waren es beispielsweise bei 20 Minuten innert weniger Stunden über 300 Kommentare. Das Thema ist wichtig, geht es doch im Grunde um «Cancel Culture», die ich hier in Zug keinesfalls will, sowie geht es um die Meinungsfreiheit im Allgemeinen. Die Meinungsfreiheit, welche in unserer Demokratie ein hohes Gut darstellt, das es zu schützen gilt.

Nun werden nach der Übernahme von X durch Elon Musk Hass und Hetze verbreitet. Woke Organisationen haben das bemerkt und sich nach und nach von X verabschiedet. Das ist ihr gutes Recht. Wer aber entscheidet nun hier in Zug, ob man es diesen Organisationen gleichtun soll? Der Gesamtstadtrat? Die Kommunikationsabteilung? Die Kommunikationsabteilung selbständig oder in Absprache mit dem Stadtrat? Das wäre doch interessant zu wissen gewesen. Leider aber haben wir vom Stadtrat keine entsprechende Antwort erhalten und wissen nicht, wer hier als Wächterrat fungiert oder wer nun die eigentliche Meinungszensurbehörde ist.

Hass und Hetze auf X findet statt, das ist gar keine Frage. Aber findet sie nicht auch auf allen anderen Social-Media-Plattformen statt? Selbstverständlich findet sie das, nur stört sich der Stadtrat daran offenbar weniger.

Ich habe mich mal ein wenig auf Facebook umgesehen, was es da so an Nettigkeiten gegenüber der SVP gibt. Da meint ein User, die SVP wäre die Tubelipartei. Oder ein anderer User nennt uns die Verblödungspartei. Ja, ich muss selber lachen. Ganz interessant der Post einer uns allen bekannten Bürgerin aus Zug Süd. Sie bezeichnete im Gemeinderatswahlkampf die Kandidaten der SVP als Gruselkabinett. Nun, das darf natürlich alles gesagt und geschrieben werden, denn es geht ja nur gegen die SVP. Auch hier stört sich der Stadtrat offenbar nicht daran. Interessant wäre es allerdings schon, was passieren würde, würde ein SVPlar zum Beispiel euch Gemeinderätinnen der ALG oder euch, liebe Kolleginnen der SP, als Gruselkabinett betiteln. Der woke Aufschrei wäre wahrscheinlich gross, ich könnte mir sogar eine Blick-Schlagzeile vorstellen.

Nun, bis jetzt ist das Aufgezählte doch noch einigermaßen harmlos, richtig interessant wird es, wenn wir uns ein wenig auf TikTok umsehen. TikTok, eine Plattform kontrolliert vom chinesischen Staatsapparat, welcher ja bekanntlich eine etwas andere Vorstellung von Demokratie und Meinungsfreiheit hat, als wir uns das hier gewohnt sind. Da können Sie Hunderte, wenn nicht Tausende Videos sehen, auf denen extremistische Islamisten zur Gewalt gegen Juden aufrufen. Wie wir kürzlich erfahren haben, sind sogar hier in der Schweiz Jugendliche festgenommen worden, welche via TikTok radikalisiert worden sind und offenbar sogar terroristische Aktivitäten geplant hatten. Auch hier, kein woker Aufschrei, und auch der Stadtrat sieht hier kein Problem, so nutzen doch aktuell drei von fünf Stadträten selber TikTok.

Aber Hass und Hetze auf TikTok? Das ist kein Problem in den Augen des Stadtrates. Sie müssen sich das ungefähr so vorstellen: Sie machen es sich zu Hause auf dem Sofa gemütlich, trinken ein gutes Glas Wein, schauen ein paar TikTok-Videos, auf denen Sie aufgefordert werden, Juden zu töten, oder

noch besser, gleich den ganzen Staat Israel auszulöschen. Dazwischen ploppen dann ganz lustige Videos unserer Stadträte auf, mit lieben Weihnachtswünschen, beim Spazieren am schönen Zugersee oder am Golf spielen. Schönes Hobby übrigens.

Ja, bei TikTok sieht der Stadtrat offenbar keinen Handlungsbedarf, denn Hass und Hetze, das gibt es in seiner Welt nur bei X.

Sie sehen aber: Hass und Hetze gibt es selbstverständlich überall im Internet, eine Ungleichbehandlung der Plattformen ist kein guter Weg, diesem unseligen Phänomen zu begegnen. Genau genommen wäre die einzige Möglichkeit Hass und Hetze zu eliminieren, dem Internet den Stecker zu ziehen.

Nun aber, wie kam es dazu, X Tschüss zu sagen? Wer ist der städtische Wächterrat, wer ist für die Meinungszensur verantwortlich? Das hätte uns doch interessiert. Leider aber gibt es hierzu keine Antwort des Stadtrats und wir beantragen somit die negative Kenntnisnahme der Nicht-Beantwortung dieser Interpellation.

Erwähnenswert ist dann auch noch die Bemerkung in den Ausführungen des Stadtrates, ich nenne es bewusst Ausführungen, denn eine Beantwortung ist es ja in keinsten Weise. Hier ist zu lesen, man verlasse X aufgrund der stagnierenden Userzahlen. Dieses Argument ist gleich in zwei Hinsichten falsch, denn erstens wurde im Hashtag Tschüss X kein Wort davon erwähnt, sondern es war nur von Hatespeech die Rede. Und ausserdem hätte ich hier gerne noch einen kleinen Tipp gegeben, aber ich weiss leider nicht an wen, denn die Frage wurde ja nicht beantwortet, wer überhaupt zuständig ist. Deshalb ganz allgemein: Wenn Sie Ihre Followerzahl erhöhen möchten, ist es meistens doch recht hilfreich, hin und wieder einen Post oder hier bei X einen Tweet abzusetzen. Wenn Sie zweieinhalb Jahre nichts posten, müssen Sie sich nicht wundern, wenn die Followerzahl nicht steigt. Aber dies nur so am Rande.

Ich bin mir natürlich bewusst, dass manche hier im Rat denken: Ja, der Küng, der macht hier nur so ein Fass auf, weil es seine – ich nenne es mal – «rechte Klientel» betrifft. Mitnichten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich erinnere euch gerne an einen Fall aus dem Jahre 2019. Kantons- und damals noch Gemeinderätin Barbara Gysel plante zusammen mit anderen eine Mahnwache gegen den Einmarsch der türkischen Armee in den Norden Syriens. Solche Aktionen stossen bekannterweise in SVP-Kreisen nicht auf wahnsinnig grosse Begeisterung. Aber selbstverständlich sollen und müssen solche Veranstaltungen erlaubt sein. Ich muss ja nicht hingehen.

Die Aktion wurde dann jedoch durch die Zuger Polizei und der Stadt Zug mit fadenscheinigen Argumenten verhindert. Ein unglaublicher Vorgang gegen die Meinungs- und Versammlungsfreiheit.

Ja, liebe Barbara Gysel, du erinnerst dich selbstverständlich, wer dich damals an vorderster Front unterstützt hat, diesen Akt gegen die Meinungs- und Versammlungsfreiheit anzuprangern und diesen Missstand dann auch zu beheben. Für alle anderen hier im Saal: Es war Kantons- und Gemeinderat Philip Brunner. Ein alter weisser Mann der SVP – Entschuldigung Philip – hat also ein linkes Anliegen unterstützt. Philip Brunner hat erkannt, dass Meinungsfreiheit eben kein Links-Rechts-Thema ist, sondern uns unabhängig von politischer Gesinnung wichtig sein muss, und dass es sich lohnt, für den Erhalt zu kämpfen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir persönlich ist doch die Plattform X vollkommen egal; ich nutze sie ja nicht mal, wie auch Investigativ-Journalist Matthias Bärlocher von nau.ch herausgefunden hat und

anschliessend einen leicht satirischen Artikel verfasst hat. Vielleicht haben Sie es gelesen, vielleicht nicht. Ist auch egal, ist keine Pflichtlektüre.

Absolut nicht egal aber ist mir die Meinungsfreiheit. Und ich fordere deshalb den Stadtrat auf, entweder allen Social-Media-Plattformen Tschüss zu sagen oder gar keiner.

Wie gesagt beantrage ich die negative Kenntnisnahme und dies aus zwei Gründen. Erstens wurden unsere Fragen gar nicht beantwortet und zweitens möchte ich Ihnen eine Sache zu bedenken geben: Selbst wenn Sie einverstanden sind mit dem Entscheid, X Tschüss zu sagen, überlegen Sie sich, ob es wirklich eine gute Sache ist, dass der Stadtrat oder die Verwaltung offenbar eine Zensurbehörde hat, welche entscheidet, welche Meinungen gut sind und welche nicht. Diese Behörde könnte auch einmal gegen Sie entscheiden. Denken Sie daran.

Gabriela Furrer Auf der Maur

Vorweg als Antwort auf was wir gerade gehört haben: Allen Social-Media-Kanälen Tschüss sagen, würde ich als Entwicklungspsychologin sehr begrüssen. Aber darum geht es jetzt heute eigentlich nicht.

Unsere Fraktion nimmt die Antwort des Stadtrats auf die Interpellation «Tschüss X – Warum?» zustimmend zur Kenntnis – oder zur Kenntnis, ich bin noch nicht so gewandt im Vokabular.

Warum?

Der Stadtrat hat ausführlich aufgezeigt, die Nutzungsfakten sprechen dafür, sich am ehesten von X zu verabschieden. Der X-Account der Stadt Zug hat deutlich weniger Nutzerinnen und Nutzer als die anderen beiden Kanäle, die Followerinnen- und Followerzahlen stagnieren seit 2011 praktisch. Die Bewirtschaftung der Social-Media-Kanäle ist aufwendig und teuer und es wird der am wenigsten genutzte Kanal verlassen. Insgesamt dienen alle Social-Media-Kanäle mehr dem Infotainment – das haben wir vorher gehört – als der Informationsbeschaffung, Informationen beschafft man sich eigentlich über Websites und im Fall der Stadt auch über Medienmitteilungen.

Überdies: Nach der Übernahme von Twitter durch Elon Musk – und ich bin eine Twitter-Userin oder Ex-Twitter-Userin, die Leute, die ich kenne, sind alle von Twitter auf LinkedIn gewechselt und machen da weitermachen – gab es eine Neuausrichtung der Plattform, das heisst: Die Moderation wurde zurückgefahren, Moderatorinnen- und Moderatorenteams wurden entlassen, es findet kein Contentmanagement mehr statt. Heute kommentieren Nutzerinnen und Nutzer heute selbst, ob sie Inhalte vertrauenswürdig finden oder nicht. Der blaue Haken, der früher bei Twitter für verifizierte Firmen, Institutionen oder prominente Nutzer und Nutzerinnen stand, kann heute von Nutzerinnen und Nutzern gekauft werden. Dabei wird die Identität nicht überprüft. Seit der Übernahme von Twitter durch Elon Musk kommt es zu mehr Hatespeech auf der Plattform.

Jetzt ist es so: Nicht bloss «woke Organisationen» haben sich deshalb von X verabschiedet, sondern auch viele andere, denen ein demokratisches, verfassungskonformes Miteinander wichtig ist. Was im Falle von TikTok zum Beispiel auch zu diskutieren gäbe. Interessant ist zum Beispiel, dass sich verschiedene grosse Unternehmen in letzter Zeit als Werbekunden von X zurückgezogen haben, weil ihre Werbung dort von extremen Nutzerinnengruppen missbraucht wurde. Gemäss deutschem Handelsblatt vom Dezember 2023 waren dies in Deutschland im letzten Jahr ALDI Nord, die Allianz, Merck, BASF, Mercedes, Volkswagen und Siemens. Siemens kommentierte mit: Es hat sich immer mehr herausgestellt, dass diskriminierende Posts auf X kaum bis gar kein Einhalt geboten wird, Merck nennt als Grund «die allgemein massiv gestiegene Menge an

Hasskommentaren, Hetze und Falschmeldungen im Netz vom Ex. Auch in den USA haben sich Unternehmen wie Apple, IBM oder Disney von X verabschiedet.

Ich finde, die Stadt Zug macht mit diesem Austritt einen Schritt in die richtige Richtung.

Mariann Hegglin

X wird oft als ein Ort der übermässigen Kontroverse und der Verbreitung von Fehlinformationen verbunden. Es ist eine Plattform, die leider zunehmend von Hassreden und polarisierenden Diskussionen geprägt ist.

Historisch gesehen hat X ein solides Nutzungswachstum verzeichnet, insbesondere in den frühen Jahren seiner Existenz als Twitter. Allerdings haben die Zahlen in der Schweiz eine gewisse Sättigung erreicht. Und das ist wirklich Tatsache. Die Stadt-Zug-Accounts von Instagram, Facebook und LinkedIn sind auf einem stabilen Niveau. Sie setzen mehr auf visuelle Inhalte, insbesondere Fotos und Videos, was bei der Bevölkerung anscheinend gut ankommt.

X wird mehrheitlich als Plattform für Echtzeit-Kommunikation, für Nachrichten, aktuelle Ereignisse und Diskussionen eingesetzt. Und ich glaube, das ist der grosse Unterschied.

Die effektive Pflege einer solchen Plattform – und jetzt kommt der riesige Aufwand – erfordert Zeit, Engagement und viele Ressourcen. Die Stadt müsste regelmässig qualitativ hochwertige Inhalte erstellen, schnell auf Reaktionen reagieren und ihre Präsenz aktiv verwalten, was eine kontinuierliche Investition erfordert.

Die Mitte-Fraktion begrüsst daher, dass der Stadtrat sich dessen bewusst ist und entsprechende Massnahmen ergriffen hat, also den idealen Tschüss-Moment gefunden hat. Die Stadt Zug hat mit den aktuellen Instrumenten – so ist meine Meinung – eine gute Auswahl, um die Bevölkerung zu erreichen.

Wir danken dem Stadtrat für die Antwort und nehmen die Antwort zur Kenntnis.

Stefan W. Huber

Als jemand, der Twitter regelmässig nutzt und dort eine grosse Followerschaft genießt, habe ich das ganze Thema mit Verwunderung wahrgenommen. Scheint es uns nicht allen etwas absurd, dass wir heute überhaupt darüber diskutieren? Und ist nicht der einzige Grund, dass wir dem irgendeine Relevanz oder Signifikanz zurechnen, dass der Stadtrat dies zum Politikum gemacht hat, indem er sich besonders moralisch und ethisch bewerben wollte?

Das muss ich ganz klar als einen völlig absurden und falschen Entscheid bewerten. Denn wer sich damit bewirbt, eine Social-Media-Plattform wegen mangelnder Ethik, sei es des CEO oder der Angestellten oder was auch immer zu verlassen, der übernimmt gleichzeitig die Verantwortung, dass die anderen Plattformen, auf denen er noch präsent ist, ethisch und moralisch stabil sind. Und das wage ich doch ziemlich zu bezweifeln. Wenn ich mir das anschau, sehe ich keinen Grund, warum es ethischer sein sollte auf Facebook zu posten anstatt auf Twitter.

Des Weiteren: Wenn Twitter jetzt plötzlich wieder an Relevanz gewinnen würde, kommt dann der Stadtrat zurückgekröchen und sagt, jetzt können wir es ethisch wieder irgendwie verantworten? Was sind eigentlich die ethisch-moralischen Richtlinien, aufgrund dessen dieser Entscheid getroffen wurde? Und all das wäre ja völlig egal. Es hätte niemand gemerkt, dass die Stadt Zug nicht mehr auf

Twitter wäre und dass dieser Account nicht mehr bewirtschaftet wird. Aber man wollte sich irgendwie ethisch herausstellen.

Dazu kommt, dass das heute nichts mehr kostet. Jeder, der Twitter kennt, weiss – auf Twitter sind alle Journalisten, das ist der Hauptgrund, warum in der Schweiz Twitter genutzt wird, weil es ein sehr kurzer Draht zu den Journalisten ist und zu Korrespondenten etc. –, heute kann man mit einem Klick den gleichen Post angepasst auf mehreren Plattformen gleichzeitig veröffentlichen. Das Kostenargument ist ebenfalls kein Argument.

Ich bereue es ein bisschen, dass ich diesem irrelevanten Thema hier vorne die Aufmerksamkeit schenken muss. Aber ich gebe dafür dem Stadtrat die Schuld, der das völlig dummerweise und unnötigerweise zu einem Politikum gemacht hat. Und ich warte schon auf die nächste Interpellation, wo jemand fragt, warum denn der Stadtrat Facebook nicht verlässt, weil da doch erst gerade der CEO ausgewechselt worden ist und der mal etwas ganz Schlimmes gesagt hat in seiner Jugend. Ich finde es eine falsche Entscheidung, aber vor allem deshalb, weil man sich als besonders ethisch und moralisch darstellen wollte in der Öffentlichkeit. Und ich bin überzeugt, das wird früher oder später zurückschiessen.

André Wicki, Stadtpräsident

Geschätzter Roman Küng, vielen Dank für dein Engagement. Ich kann dir nur versichern, dass uns allen – nicht nur dem Stadtrat, sondern ich würde mal behaupten in der ganzen Schweiz – die Meinungsfreiheit das oberste Gebot ist für unsere funktionierende Demokratie. Sonst würden wir nicht hier sitzen.

Ich habe mir im Sinne ein paar einleitender Worte mal angeschaut, wie Social Media heute weltweit genutzt werden und habe dazu eine Statistik gefunden. Es gibt 17 Milliarden User auf der Welt. Die Weltbevölkerung liegt momentan, Stand vor 30 Sekunden, bei 8,2 Milliarden. Das heisst, jeder von uns ist wahrscheinlich auf mehreren Plattformen unterwegs. Angeführt von Facebook mit 3 Milliarden und Twitter an zwölfter Stelle mit 619 Millionen Nutzerinnen und Nutzern.

Warum sage ich Ihnen das? Die Welt hat sich verändert. Wir hatten in der Menschheitsgeschichte noch nie so viele Informationen zur Verfügung. Das hat viele gute Seiten. Aber da muss ich den Weizen von der Spreu trennen, es gibt auch viele Informationen, die wirklich nicht gut sind. Und das war einer der Punkte, der den Stadtrat dazu geführt hat, zu sagen, okay, einerseits wird Twitter seit Juni 2021 von der Stadt Zug nicht mehr aktiv bespielt und auf der Gegenseite kommen auch keine Posts mehr. Das hat sicher auch dazu geführt, dass wir gesagt haben, dass wir das momentan schliessen.

Roman Küng, dein Punkt ist ja nicht, ob diese Plattform Twitter oder Facebook oder wie auch immer heisst, sondern einfach der Punkt der Meinungsfreiheit als solcher. Wir haben in der Beantwortung ausgeführt, dass von Twitter selber Regeln aufgestellt worden sind, die sehr nachvollziehbar sind, diese X-Regeln dann aber vom Besitzer selber wieder ausser Kraft gesetzt werden, so dass man sagen muss, dass wir nicht für alles hinstehen können.

Es wurde der Vergleich mit Facebook angestellt und dass dort die SVP – zu der ich auch gehöre – als Gruselkabinett bezeichnet wurde. Das hat aber doch noch eine gewisse Differenz zu dem, was an Hasstiraden und gewaltsamen Formulierungen immer wieder zu sehen und nachzulesen ist, was wir auch mit Links in der Beantwortung aufgeführt haben.

Du hast noch gefragt, wer dafür zuständig ist. Zuständig ist der Gesamtstadtrat. Und wir haben uns die Meinungsfreiheit genommen und sind zu diesem Entscheid gekommen, dass wir Twitter momentan absetzen.

Ratsvizepräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass ein Antrag auf ablehnende Kenntnisnahme vorliegt.

Abstimmung Nr. 5

- Für ablehnende Kenntnisnahme stimmen 15 Ratsmitglieder
- Für Kenntnisnahme stimmen 18 Ratsmitglieder
- Enthaltungen: 0

Ergebnis Abstimmung Nr. 5

Ratsvizepräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass der Rat die Antwort des Stadtrats zur Kenntnis genommen hat.

**8.3 Interpellation Ph. C. Brunner, SVP, und Mitunterzeichner vom 19. Februar 2024
betreffend «K'werk Zug – einem unterstützungswürdigem «Puzzle» im
ausserschulischen Bildungs- und Kulturangebot in Stadt und Kanton Zug»**

Es liegt vor:

- Antwort des Stadtrats Nr. 2871 vom 2. April 2024

Philip C. Brunner

Ich habe mit meinen Mitunterzeichnern jetzt nicht vorher eine grosse Konferenz gemacht oder mich mit ihnen speziell ausgetauscht, ich möchte einfach dem Stadtrat danken, dass er sich relativ rasch dem Thema angenommen hat. Wir haben die Interpellation am 19. Februar eingereicht und haben bereits am 2. April die Antwort erhalten. Heute ist der 30. April. Es ist also jetzt sehr schnell gegangen, das ist sicher sehr positiv. Wir danken auch für die ausführlichen Antworten.

So viel möchte ich sagen und überlasse jetzt den Fraktionen das Wort und werde mich als Fraktionssprecher der SVP nochmals dazu äussern.

Albina Fässler

Im Namen der SP danke ich den Interpellanten für die gestellten Fragen und dem Stadtrat für die Beantwortung.

Das K'werk, uns allen mehr oder weniger ein Begriff, scheint im ersten Moment von aussen betrachtet etwas unscheinbar. Schaut man jedoch genauer hin, sieht man, dass es sehr viel mehr zu bieten hat. Dieser freie Raum für Kreativität für Kinder und Jugendliche ist wertvoll und wichtig. Verschiedene Semesterkurse und Workshops fördern die Vorliebe fürs gestalterische Arbeiten. Die Bildschule ist auch integrativ, sie verbindet die Kinder unabhängig von Kultur und Sprache.

Die Deckung der Kosten werden für das K'werk aber weiterhin eine Herausforderung darstellen. Eventuell dürften höhere Unterstützungsbeiträge der öffentlichen Hand die Situation entspannen. Solche Projekte sind sehr unterstützenswert und ausbaufähig. Die finanzielle Förderung durch die Stadt Zug ist hierbei unseres Erachtens gerechtfertigt. Wir sind der Überzeugung, dass Bildung – sei dies durch Musik oder Bildschule – niederschwellig und für alle Kinder zugänglich sein muss.

Wir danken den Verantwortlichen des K'werks für ihr Engagement und dass sie damit einen wichtigen Bildungsauftrag erfüllen. Entsprechend positiv stehen wir der Einrichtung gegenüber. Für uns sehr unterstützenswert.

In diesem Sinne nehmen wir die Interpellationsantwort positiv zur Kenntnis.

Dagmar Amrein

Wir bedanken uns beim Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation. In dieser bringt er klar seine Anerkennung für die Arbeit des K'werks zum Ausdruck. So haben die Beiträge der Stadt in den vergangenen Jahren zugenommen auf aktuell CHF 40'000.00 pro Jahr.

Wir von der ALG-CSP finden dies mehr als gerechtfertigt. Das K'werk ist eine Organisation, die sich zum Ziel gemacht hat, bei Kindern und Jugendlichen die Kreativität zu fördern. Dieses Bemühen ist nicht hoch genug zu schätzen.

Laut eines Berichts des World Economic Forums zu «The future Jobs» werden mehr als die Hälfte unserer Kinder in Zukunft in einem Beruf arbeiten, welchen es heute so noch gar nicht gibt. Es werden

Skills erforderlich sein, die wir heute nur erahnen können. In diesem Zusammenhang werden immer wieder die 4 Ks genannt, welche in Zukunft in allen Berufen wichtig sein werden, um Erfolg zu haben. Es sind dies: Kommunikation, Kollaboration, kritisches Denken und – Kreativität. Der Begriff «Kreativität» begrenzt sich dabei nicht nur auf Kunst und Musik. Kreativität meint die Fähigkeit, Neues zu denken und eigene Lösungen zu finden. Dies erlernt man, indem man selber handelt und es selber tut. Insofern unterstützen wir die Bemühungen des Stadtrats sehr.

Das K'werk ist finanziell breit abgestützt, zahlen doch die Eltern der teilnehmenden Kinder einen Drittel, ein Drittel kommt von privaten Stiftungen und ein Drittel von der öffentlichen Hand. Die Hälfte der Teilnehmenden sind Stadtzuger Schulkinder. Ich habe mir von verschiedener Seite sagen lassen, die Kurse seien sehr professionell geführt.

Leider wird das K'werk in absehbarer Zeit mit finanziellen Problemen zu kämpfen haben. Das Raumproblem wird ebenfalls dazukommen, wird man doch in ein paar Jahren das Haus Zentrum verlassen müssen. Zug leistet sich eine ganz tolle Musikschule, im bildnerischen Bereich haben wir verhältnismässig wenig. Wir sind der Ansicht, da darf man ruhig noch nachbessern, denn wir würden es sehr bedauern, wenn das K'werk – wie übrigens auch das Tüftellabor Einstein, welches sich in einer ähnlichen Situation befindet – die Gemeinde wechseln oder sogar eingehen würde.

Mathias Wetzel

Vorab gilt unser Dank dem K'werk Zug respektive allen Beteiligten, die diesen Verein fördern und zu dem machen, was er heute ist. Wir von der FDP-Fraktion schätzen dieses Angebot des K'werks und sind uns um dessen Relevanz als ausserschulische Bildungseinrichtung im Kanton Zug durchaus bewusst.

Ich habe hier bewusst Kanton Zug gesagt. Schliesslich handelt es sich um eine Bildungseinrichtung für Kinder und Jugendliche aus dem ganzen Kanton Zug sowie den entsprechenden Gemeinden in angrenzenden Kantonen. Dies beispielsweise im Gegensatz zu einer städtischen Musikschule. Und schon sind wir bei der Standortfrage. Wie der Antwort des Stadtrates entnommen werden kann, bestehen auf städtischem Boden derzeit keine freien Räumlichkeiten, die sich für das K'werk eignen würden. Wie kürzlich auf Zentralplus zu lesen war, steht dem K'werk aber nahe der Stadtgrenze auf Baarer Boden bald eine entsprechende Räumlichkeit zur Verfügung. Somit wäre das Bestehen des K'werks zumindest räumlich gesichert.

Beinahe in jeder Sitzung dieses Rates taucht einmal das Wort Zentrumslast auf. Wir kennen das politische Spiel unserer Nachbargemeinden, denen es finanziell ebenfalls gut geht. Befindet sich eine Institution in der Stadt Zug, beteiligen sich die anderen Gemeinden gelinde gesagt nur noch spärlich an den Kosten. Rein nach dem Motto: Die Stadt Zug wird schon dafür aufkommen. Dieser Punkt muss unseres Erachtens ebenfalls berücksichtigt werden.

Dementsprechend sind wir der Meinung, dass das K'werk seitens der Stadt Zug weiterhin finanziell unterstützt werden soll. Falls sich eine Möglichkeit mit Räumlichkeiten in der Stadt Zug ergibt, soll dies sorgfältig geprüft werden. Schlussendlich liegt die Gemeinde Baar nur wenige Bus- oder Velominuten von Zug entfernt.

Die FDP-Fraktion nimmt die Antwort des Stadtrates dankend zur Kenntnis und wünscht dem K'werk weiterhin gutes Gelingen. Glauben Sie uns, wir bleiben an der Sache dran.

Stefan W. Huber

Die GLP anerkennt die kontinuierliche Unterstützung der Stadt und die Bemühung des Stadtrats, durch steigende finanzielle Zuwendungen und öffentliche Sichtbarkeit die Unterstützung für das K'werk zu signalisieren. Trotzdem hat der Stadtrat hinsichtlich seiner Umsetzung der Strategie noch Potenzial nach oben.

Zuerst einmal sei darauf hingewiesen, dass die Anerkennung der Bedeutung von K'werk klar aus dem Bericht des Stadtrats zum Ausdruck kommt. Die praktische Umsetzung dieser Anerkennung lässt jedoch einige Fragen offen. Insbesondere die Tatsache, dass Verhandlungen über neue Räumlichkeiten des K'werks ausserhalb unserer Stadtgrenzen geführt werden.

Dies stellt uns vor eine entscheidende Frage: Warum gelingt es uns nicht, innerhalb unserer Stadtgrenzen geeignete Räumlichkeiten für solche privaten Initiativen zur Verfügung stellen zu können? Es erweckt den Eindruck, als habe der Stadtrat sich zu einer gewissen Resignation durchgerungen. Statt proaktiv zu handeln und sicherzustellen, dass private Initiativen – und nicht nur das K'werk ist vom Raummangel betroffen –, deren Förderung sich der Stadtrat ja selbst zum Ziel gemacht hat, in unserer Stadt verankert bleiben.

Es geht nicht darum, private Initiativen noch über das Gefragte hinaus finanziell zu unterstützen, sondern darum, eine Strategie umzusetzen. Wäre es nicht toll, neben den finanziellen Mitteln zur Unterstützung – dem grossen Goldsack, der immer dicker wird – auch einen Plan zu haben, die nötigen Räume zu schaffen, in denen solche privaten Initiativen an unsere Stadt gebunden werden können? Die Unterstützung, welche die Stadt leistet, soll in eine umfassende Vision eingebettet sein, die Perspektiven auch über die finanzielle Unterstützung ermöglicht.

Besten Dank an das K'werk und besten Dank an den Stadtrat für die weitere Unterstützung und eine Lösungsstrategie für die Raumprobleme.

Philip C. Brunner

Als einer der Interpellanten freut mich die positive Aufnahme. Und die zwei Stichworte, die genannt sind, möchte ich doch noch etwas umreissen.

Von «Raum» hat mein Vorredner gesprochen – Räumlichkeiten. Dagmar Amrein hat noch ein anderes äusserst kreatives Werk in dieser Stadt genannt, das Tüftellabor Einstein, welches ich wieder einmal besuchen durfte, übrigens zusammen mit Frau Stadträtin Barbara Gysel. Ich habe mich dort mit ihr ein bisschen unterhalten und erinnere mich an Diskussionen in diesem Rat vom Vorgänger von André Wicki, der von einem Vereinshaus gesprochen hat.

Erlauben Sie mir, Herr Präsident, das ist ja für heute bereits das letzte Traktandum, dass ich etwas ausführlicher werde.

Diese Stadt hat immer wieder das private Engagement – und denken Sie an die Theater- und Musikgesellschaft, das ist jetzt weit hergeholt – unterstützt, hat geholfen, sei es finanziell, aber auch mit anderen Rahmenbedingungen.

Wir kommen heute in eine Situation, wo ich meine – und die Diskussion mit der Kostenmiete ist irgendwo ja auch verlinkt damit –, dass wir schauen müssen, dass wir diese Vereine in dieser Stadt überhaupt noch haben.

Es ist selbstverständlich keine Katastrophe, wenn ein K'werk ein paar Hundert Meter neben der Stadtgrenze neue Räumlichkeiten führt. Das meine ich nicht. Aber es gibt – und ich sage das

durchaus kritisch und es tut mir eigentlich leid, dass heute kein Livestream ist, so dass man das nachher später einmal auch überprüfen könnte – Vereine, die extrem privilegiert sind. Historisch hat sich das ergeben. Denken Sie einfach etwas gross, an unseren Hafen, dort gibt es eine schöne Gebäulichkeit für den Yachtclub oder den Seeclub. Dann haben wir ein Haus Siehbach, dort sind verschiedene Vereine untergebracht, die haben dort Büros, die vielleicht zwei, drei Mal in der Woche benützt werden. Wir haben andere Verein, denen die Stadt entgegenkommt. Wir haben Sportclubs – Sie kennen meine Ansichten zu den Sportclubs, halte ich für etwas extrem Wichtiges, aber es ist richtig zu sagen, dass diese gewisse Privilegien haben. Wir haben im kulturellen Bereich selbstverständlich diverse Institutionen – Sie kennen sie. Und bei allen geht es immer wieder neben den Finanzen – und selbstverständlich ist das zentral, weil ohne Finanzen kein Verein sehr lange existiert – um die Räumlichkeiten.

Ich möchte das Votum von meinem Vorredner Stefan Huber schon noch etwas ausweiten. Wir brauchen eine Vereinsstrategie – damit auch eine gewisse Fairness entsteht. Im Moment ist es – historisch erklärbar – eigentlich sehr unfair. Und wenn jetzt nicht dieser alte Kantonsspital gewesen wäre, wo das Volk 2007 oder 2008 die Lösung abgelehnt hat, wären alle diese Räumlichkeiten beispielsweise auch einem Tüftellabor Einstein zur Verfügung gestanden.

Wir müssen uns meiner Ansicht nach um dieses Thema kümmern – ich bin auch gerne bereit, mit anderen zusammen entsprechend zu motionieren in Sachen Räumlichkeiten für die Vereine. Ich weiss, dass der GGR da ein offenes Ohr hat. Denken Sie an die Diskussion in Zusammenhang mit dem Schulhaus Loreto, wo es immerhin gelungen ist, ein Untergeschoss dazu zu planen, welches ja dann auch in der Volksabstimmung ohne grosse Diskussion bewilligt wurde. Wir müssen das anschauen.

Ich denke zum Beispiel an Areale in der Chollermühle, dort wo der Spanische Club ist, dort hat es Raumreserven. Ich denke aber auch an ein Haus Rialto an der Haltestelle Lorzen, dort hat es Räumlichkeiten, welche die Stadt hat. Das ist allerdings natürlich in Konflikt mit der 2000-Wohnungen-Initiative der SP, weil sie dieses Areal für den sozialen Wohnungsbau belegt. Ich finde, das wäre eher etwas für die Vereine in Seenähe. Das wäre eine wunderbare Sache. Und vielleicht hat es noch andere Areale, wo wir das realisieren müssen.

Es gibt diverse Vereine – es beginnt beim Türkischen Verein und endet bei irgendeinem Sportverein –, die alle das gleiche Problem haben. Es ist nicht nur das K'werk.

Und sind wir ehrlich, wenn ich die Zahlen – und jetzt komme ich zu den Finanzen – vom K'werk anschau, dann zahlen wir seit 2023 CHF 40'000.00, jahrelang waren es CHF 10'000.00, dann wurde das schrittweise von CHF 15'000.00 mit zwei Sonderaktionen auf CHF 30'000.00 erhöht. Denken Sie daran, was wir im Bildungsbereich ausgeben. Es ist die höchste Ausgabenzahl, brutto CHF 83.7 Mio., davon für Kind Jugend Familie CHF 12.6 Mio. brutto. Netto kommt das Bildungsdepartement auf rund CHF 53 Mio. Das sind grosse Gelder. Sind da wirklich nicht ein paar zehntausend Franken vorhanden?

Wenn das K'werk nach Baar auswandert, werden diese Räumlichkeiten nicht gratis sein, da können Sie sicher sein. Die werden teuer sein. Und das Haus Zentrum – Sie kennen die Geschichte – gehört der Korporation. Ich sage es hier offen, eine der grössten Dummheiten, die die Stadt gemacht hat, dieses Objekt aus der Hand zu geben, in einem üblen Tauschgeschäft, welches vom Volk dann noch bestätigt werden konnte, für Land, wo man nicht mal mehr als ein Untergeschoss runtergraben kann. Mit CHF 10 Mio. hat man das Haus Zentrum bewertet. Ich sage nicht, dass man das Haus Zentrum

hätte retten müssen. Aber an diesem Standort in der Stadt – die Linken können dann nicken – hätte man auch Wohnungen von der Stadt bauen können. Man hätte im Haus Zentrum ein Lofthaus machen können, super Lofts hätte man machen können.

Ich bin jetzt etwas ausgeschweift beim K'werk. Ich bedanke mich für die Antwort. Ich glaube, mit dieser Interpellation, die wir gerne zur Kenntnis nehmen, haben wir hoffentlich den Stein angestossen, auch für andere Vereine etwas zu tun, die genau die gleichen Probleme haben.

Und da müssen wir auch fair sein: Jeder Verein trägt gesellschaftlich etwas bei. Dass es im Bereich Kreativität beim Verein K'werk Zug natürlich ganz spezifisch ist und dass das unbedingt beibehalten werden kann, muss ich nicht erwähnen, das haben meine Vorredner bereits gemacht.

Noch zu den Zentrumslasten: Ja, es ist natürlich so, wir bezahlen zweimal. Wir zahlen einmal in der Grössenordnung von ungefähr CHF 90 Mio. in den ZFA. Eine Gemeinde Cham räumt ab mit CHF 29 Mio. und man liest dann in der Zeitung sie hätte einen Riesengewinn gemacht von irgendwie CHF 12 Mio. oder CHF 13 Mio. Das ist das erste Mal, wo wir zahlen. Das zweite Mal zahlen wir mit den Zentrumslasten.

Aber, meinen Damen und Herren, wir kommen nicht weiter mit dieser Zentrumsdiskussion, wenn wir immer sagen, die anderen sollen. Es ist Aufgabe der Stadt Zug, voranzugehen. Die anderen sollen stehen bleiben und sich an den sogenannten Pseudogewinnen – und es sind wirklich Pseudogewinne, mit Ausnahme der Gemeinde Baar – erfreuen. Wir müssen für unsere Einwohner schauen. Wir müssen für unsere Kinder schauen. Wir müssen für unsere Senioren schauen. Es ist ein Riesenblumenstrauß an Herausforderungen, der zu lösen ist. Dazu braucht es Geld. Und es ist Aufgabe des Stadtrats, diese Gelder vernünftig und gut einzusetzen. Ich denke, beim K'werk darf es «no es bizeli meh si».

Etienne Schumpf, Stadtrat

Zusammengefasst kann man sagen, dass es wirklich sehr, sehr eindrücklich ist, auch wenn man auf die Website des K'werks geht, was man dort alles findet. Das Angebot ist wirklich unglaublich umfangreich: Kinderateliers, Fotografietermine, plastisches Gestalten, Comic- und Illustrationskurse. Und das sind nur ein paar wenige Beispiele. Die Angebote erfreuen sich einer grossen Beliebtheit und ja, man kann davon sprechen, dass es sein kantonales Angebot ist oder Kinder und Jugendliche aus dem Kanton Zug davon profitieren. Dafür möchten wir uns ganz herzlich bedanken.

Vielen Dank auch für Ihre wohlwollenden Rückmeldungen. Wenn ein Verein mit Raum- oder Finanzproblemen zu uns kommt, dann haben wir immer ein offenes Ohr und versuchen immer, sehr pragmatisch im Rahmen unserer finanziellen, aber auch räumlichen Möglichkeiten Lösungen zu schaffen.

Ergebnis

Ratsvizepräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass der Rat die Antwort des Stadtrats zur Kenntnis genommen hat.

9. Mitteilungen

Rücktritt Benny Elsener

Ratsvizepräsident Ivano De Gobbi teilt mit: Gemeinderat **Benny Elsener** hat seinen Rücktritt aus dem GGR am 23. April 2024 mitgeteilt. Die offizielle Verabschiedung von **Benny Elsener** erfolgt an der Mai-Sitzung durch den **Ratspräsidenten Roman Burkard**.

Ratsvizepräsident Ivano De Gobbi dankt **Benny Elsener** trotzdem bereits an dieser Stelle für seine Dienste und die Zusammenarbeit im GGR.

Die nächste Sitzung des GGR findet statt:

Dienstag, 28. Mai 2024, 17:00 Uhr

Für das Protokoll
Martin Würmli, Stadtschreiber



Qualifizierte elektronische Signatur · Schweizer Recht

Beilagen:

1. Abstimmungsergebnisse: Protokoll der Sitzung vom 30. April 2024
2. Abstimmungsergebnisse: Zusammenfassung
3. Präsenzliste